

# Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkassa des D. M. V., Berlin Nr. 138 262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,  
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer.  
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Anzeigen werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

## Der neunzehnte Verbandstag

Die Einweihung des neuen Verbandshauses in Berlin

F. K. Am dritten Augustsonntag war der Himmel über Berlin grau in grau. Ein feiner Wasserstaub rieselte durch das Wolkensieh, der sich zuweilen zu einem richtigen Landregen zu verdicken drohte. Dessenungeachtet kamen schon in aller Frühe Menschen zu Hauf zu dem lichten Bau am Südende der Alten Jakobstraße zu Berlin. Es waren offenbar Ortsfremde, die, mit den Frühzügen angekommen, ihren ersten Weg zu dem Ziel ihrer Reise, zu dem Verbandshaus, machten, dessen Einweihung in einigen Stunden vor sich gehen sollte.

Um die neunte Morgenstunde wurde es auf dem Vor- gelände des neuen Verbandshauses immer lebhafter. Besucher kamen einzeln und gruppenweise heran. Nach einer kurzen wohlgefälligen Betrachtung des Baues verschwanden sie in seinem Innern. Hier, in dem weiten Vorraum, war schon eine stattliche Zahl Männer versammelt, deren es mit jedem Augenblick noch mehr wurden. Fast alles, was einen Namen im Deutschen Metallarbeiter-Verband hat, war da beisammen. Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, von seinem schweren Unfall glücklich wieder geheilt, war selbst gekommen, um die freie Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu vertreten. Auch Alexander Schlicke, der frühere jahrzehntelange Vorsitzende des DMV war erschienen, um Zeuge des feierlichen Aktes zu sein. Mit ihm war Johann Scherm, einer der Gründer des Verbandes und ehemaliger Schriftleiter der Metallarbeiter-Zeitung, gekommen. Der achtzigjährige Kämpfer war fröhlich und flink und streitlustig wie immer. Theodor Werner, der frühere Kassenwart des Verbandes, war gleichfalls der Einladung gefolgt.

Doch das sind nur ein paar der bekanntesten Gäste. Zu ihnen gesellten sich die Verbandsveteranen aus den Bezirken. Aus den Gesichtern der Alten (von denen sich überhaupt jeder ver- bittet, alt genannt zu werden!) strahlte helle Freude darüber, daß es ihnen vergönnt war, den bedeutsamen Tag ihres gewerkschaftlichen Lebens mitmachen zu können. Zu der Freude fügte sich die Genugtuung, daß die vor mehr als einem Menschenalter begonnene Arbeit er- gebnisreich gewesen, wofür das neue Verbandshaus einer der offensichtlichsten Beweise ist.

Es versteht sich von selbst, daß die Alten bei diesem unerwarteten Wieder- sehen sich gegenseitig viel zu sagen hatten; daß sie ihre Erinnerungen aus- tauschten von der Frühzeit der Organi- sation und ihrer aller Wirken, von den gewerkschaftlichen Anfängen mit ihren großen Opfern und kleinen Freuden. Und es war, als ob jeder der Alten sagen wollte: Nie hätte ich mir träumen lassen, daß der Verband noch bei meiner Leb- zeit zu solch einem Gebäude kommen werde! — Und doch ist das für schier unmöglich Gehaltene zur Tatsache ge- worden. Dazu haben sie, die Alten, ihr ehrlich Teil beigetragen. Darum waren sie ja eingeladen worden, um Zeuge zu sein von dem Fortschritt des Verbandes und seiner Größe.

Außer den Pionieren und Funkti- nären des Verbandes hatten sich viele Vertreter der großen gewerkschaftlichen Organisationen, der städtischen, staat- lichen und Reichsbehörde sowie der Presse eingefunden. Gegen 10 Uhr stieg die stattliche Versammlung zum fünften Stock hinauf, wo im großen Sitzungssaal der Einweihungsakt vor sich gehen sollte. Hier wurden die Gäste von dem Ver- bandsvorsitzenden Alwin Brandes herzlich willkommen geheißen. Dann legte er dar, warum der Verband für seinen Sitz nicht die Reichshauptstadt, sondern Stuttgart gewählt und dort so lange beibehalten hat:

Die Hauptstadt Preußens, erklärte Brandes, des einst reaktionärsten deutschen Staates, habe für die Gewerk- schaften keine Anziehungskraft haben können. Darum hätten sie gerne ihren Sitz in einen anderen Staat ver- legt. Mit dem Falle des Sozialistengesetzes seien wohl auch in Preußen die politischen Verhältnisse etwas besser geworden, aber man habe dem neuen Kurs nicht getraut. Daher sei der Sitz des Metallarbeiter-Verbandes gleich nach seiner Gründung nach Stuttgart, in die Hauptstadt Württembergs, gelegt worden, wo damals die Demokratie kein leeres Wort mehr war. In Stuttgart habe sich das neugeborene Kind mächtig entwickelt. Dort habe es in zehn Jahren schon auf 100 000 Mitglieder gebracht. Dem sei bald die halbe Million gefolgt, die sich während des

Krieges teilweise wieder verlor, nach Friedensschluß aber auf 1,6 Millionen empor schnellte. In der Inflationszeit sei die Mitgliedschaft wieder stark gesunken. Allein auch dieser Verlust sei allgemach und gutenteils wieder ausgeglichen worden.

Von der jetzigen Stärke und der Zuversicht des Ver- bandes zeuge dieses neue Haus. Es werde sich für den weiteren Aufstieg der Mitgliedschaft und ihres öffent- lichen und sonstigen Einflusses sicherlich sehr nützlich erweisen. In ihm solle jedoch nicht nur Dienst an den Metallarbeitern, sondern Dienst am ganzen arbeitenden Volke verrichtet werden. Das Verbandshaus stehe in nächster Nähe des Geschäftshauses der Sozialdemokra- tischen Partei. Man möge dies als ein Symbol für die Zusammenarbeit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation und für die Vereinigung der beiden Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung ansehen. Der Geist der proletarischen Gemeinschaft möge über diesem Hause schweben. In diesem Sinne seien alle Teilnehmer an dem Einweihungsakt vom Vorstände des Verbandes herz- lich willkommen geheißen.

Hierauf erhob sich der Architekt Erich Mendel- sohn und sagte:

„Als Zeichen der Vollendung dieses Baues übergebe ich auch im Namen meines Kollegen Reichel den Schlüssel zum Tor dem Vorsitzenden der Baukommission. Mit dieser feierlichen Handlung verbinde ich den Dank an die Herren der Verwal- tung; insbesondere danke ich Herrn Schott für die innere Bereitschaft und das vollendete Verständnis, das er jederzeit den Erfordernissen des Baues und unseren Absichten entgegen- gebracht hat. Ich danke meinen Mitarbeitern und nicht zum geringsten allen Meistern und Gesellen, die am Bau werktätig mitgearbeitet und tatsächlich ihn gebaut haben.“

An dem Bau dieses großen Verbandes, der ein nicht un-

sauber in der Technik, hell und rein im architektonischen Kleid. Aber es ist nicht vergessen worden, glaube ich, ihm gleich- zeitig beizugeben: die Größe des Plans, die Kühnheit der Konstruktion und den mächtvollen Ausdruck seiner räumlichen Erscheinung.

Damit, hoffe ich, ist die Aufgabe erfüllt, die der Metallarbeiter- Verband gestellt und deren Erfüllung er erwartet hat.

So übergebe ich Ihnen dieses Werk mit allen Wünschen, die nur ein Vater seinem Kinde mitgeben kann: mit allen Wünschen für den Verband übergebe ich den Bau seinem Zweck — Das Symbol dieses Baues dem im Verband ge- einten werktätigen Volk!

Sodann trat Karl Schott vor die Versammlung und sprach kurz über die Entstehung des Baues. Er sagte, daß die Errichtung eines solchen Gebäudes unendlich viel Mühe und Geduld erfordere, besonders aber, wenn sie von einer Gewerkschaft geschehe. Nachdem Schott einige der Schwierigkeiten geschildert hatte, dankte er allen denen, die dieses Werk zum guten Ende gebracht haben. In erster Linie der Lindenhaus-Gesellschaft, die den Grund zur Verfügung gestellt und es nie an Hilfeleistung habe fehlen lassen. Im weiteren den städtischen Behör- den, wie der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, deren Ent- gegenkommen es zu danken sei, daß für die Verbands- angestellten gute Wohnungen rechtzeitig gefunden wer- den konnten.

Für den Bau des Hauses sei unter mehreren Entwürfen der der Architekten Reichel und Mendelsohn ge- wählt worden. Man habe beide mit dem Bau betraut, um Herrn Reichel, eine junge versprechende Kraft, mit Herrn Mendelsohn, die reife Erfahrung, zu verbinden. Durch diese Vereinigung habe man geglaubt, das Beste zu erhalten. Außer den Architekten verdiente Herr Bau- führer Eugen Mayer vollen Dank. Er hat den Bau von seinem Urbeginn an geleitet, ist un- ermüdlich tätig gewesen, um den Bau zeitig fertigzustellen. Ihm besonders danke der Vorstand, denn er habe den Dank ehrlich verdient. — Hierauf bat der Redner die Gäste zu einer Besichti- gung des Hauses und der Druckerei.

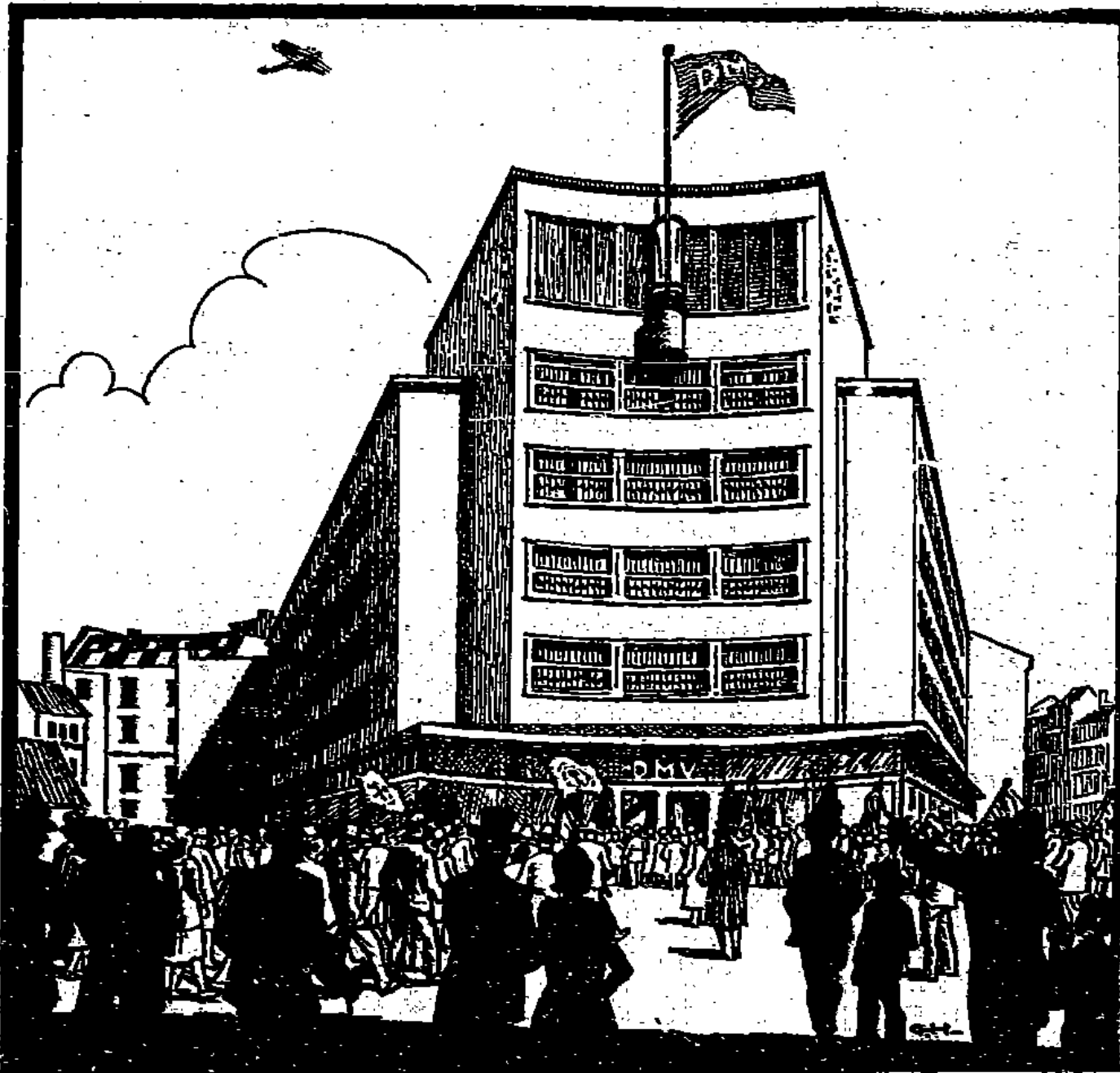
Während die Gäste durch die weiten Räumlichkeiten des Hauses und seinen Gängen zogen, kamen frische Menschen- haufen die Treppen herauf. Denn mittlerweile war es 11 Uhr geworden, also die Stunde, wo die Teilnehmer des Verbandstages mit den Abordnungen aus den Verwaltungstellen ihren Besuch angekündigt hatten. Die Besucherhaufen stauten sich schließlich in der Druckerei, die mit allen Maschinen arbeitete. Be- sonders die neue Rotationsmaschine, durch die drei Zeitungen mit einem Male schnurrten, fesselte die Besucher und entfachte allgemeine Bewunderung.

### Die Feier im Gewerkschaftshaus

Da das neue Verbandshaus, obwohl sehr geräumig, nicht alle Besucher auf einmal fassen konnte, war eine Voll- versammlung im Gewerkschaftshaus vor- gesehen. Dessen größter Saal mit seinen Nebensälen erwies sich jedoch ebenfalls als zu klein für die unerwartet große Zahl von Gästen. Hier hielt der Ver- bandsvorsitzende Georg Reichel die Begrüßungsrede. Er hieß die Ab- ordnungen der Bezirke, die Architekten und die Vertreter der Mitgliedschaft wie der ausländischen Bruderverbände will- kommen. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Haus, das soeben

Besichtigt worden sei, ein gutes Wirken gestatte. Denn wer Großes vollbringen wolle, müsse auf gutes Werkzeug halten. Das Haus sei auf Zuwachs berechnet. Es solle der Ausdruck sein der gewachsenen Kraft des Verbandes und des in 40jähriger Arbeit erreichten Fortschrittes. Es werde alle Kraft eingesetzt werden, das Erreichte zu erhalten und zu mehren. Das neue Werk solle über die Zeit hin- aus werben und die Zukunft gestalten. Es drücke ein harmonisches Ganze aus — wie die Arbeiterbewegung ein harmonisches Ganze bilden und harmonisch wirken müsse. In diesem Sinne, so schloß Reichel seine An- sprache, bieten wir den hier versammelten Vertretern des In- und Auslandes unseren Gruß und den Appell zur gemeinsamen Weiterarbeit für die schaffende Menschheit.

Hierauf dankte Karl Schott abermals allen Mitarbeitern an dem neuen Bau und den Behörden, denen allen zusammen



Das neue Verbandshaus am Tage der Einweihung

wesentlicher Träger der sozialen und sozialpolitischen Um- wälzung unseres Vaterlandes ist, dieser Umwälzung, die nichts anderes ist als der Austrag zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Eigenliebe und gleichem Recht, zwischen überlieferter Form und der Gestaltung einer neuen Welt. Der Kampf von Mächten, der in seinem Ursprung ebenso schicksal- bedingt ist wie in seinem Ziel und seinem sicheren Ausgang.

Deshalb ist dieser Bau mehr als eine Arbeitsstätte, die nur reibungslos funktioniert, mehr als ein Zweckbau, der nur seine Voraussetzungen restlos zu erfüllen hat — sondern er ist gleich- zeitig ein Symbol der großen Macht des arbeitenden Volkes, das sich ansieht, selbst frei zu sein und der eigene Träger seines Schicksals, seiner Lebensbedürfnisse und seiner Lebensnotwendigkeiten.

Den Zweck zum Symbol zu erheben, das Symbol seiner Nobel- haftigkeit zu entkleiden und es durch unsere Vernunft fest mit der Erde zu verbinden — das ist der Sinn jeder bedeutenden praktischen Aufgabe, insbesondere jeden großen Bauwerkes. Deshalb ist dieses Verwaltungsgebäude im Grundriss logisch,



das Gelingen des großen Werkes zugeschrieben werden müsse. (Starker Beifall.)

Im Namen des Reichsarbeitsministers und des preussischen Handelsministers beglückwünschte nun Herr Mewes den Verband zu seinem schönen Bauwerk. Wir haben, so sagte der Vertreter der Minister weiter, heute früh Ihr neues Haus bewundert. Es ist stattlich und wohlgeplant, ein sinnvoller Ausdruck der Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Seine Verwaltung ist nunmehr aus Stuttgart nach der Hauptstadt des Reiches übersiedelt. Es werden gewichtige Gründe dafür gesprochen haben, die ja naheliegen. Hier in



Die Architekten des Hauses: Erich Mendelsohn und Rudolf W. Reiche  
Der Bauherr: Eugen Mayer

Berlin, dem großen wirtschaftlichen und politischen Mittelpunkt, hier werden sich die Aufgaben Ihres Verbandes leichter und schneller bewältigen lassen.

Das Reichsarbeitsministerium kann diese Übersiedlung nur begrüßen. Sie wird Ihnen wie uns die erwünschte Gelegenheit geben, mehr als bisher persönlich Fühlung zu nehmen.

Die Zeit, in der Sie das neue Heim weihen, ist leider ernst; das können wir selbst in dieser Stunde der Feier nicht übersehen. Der Ernst der Zeit bringt es mit sich, daß mit der Freude über das neue Heim auch die Sorgen mit einziehen. Wir wollen indes hoffen, daß unser Vaterland diese Zeit der Not bald überwinden und einen neuen und dauernden wirtschaftlichen Aufschwung nehmen wird, an dem auch die Arbeiterschaft gebührend Anteil haben muß.

In dieser Zuversicht lassen Sie mich schließen mit dem auf-

richtigen Wunsche, daß Ihre Arbeiten in dem neuen Hause allzeit von Erfolg begleitet sein mögen. Möge das neue Haus eine Stätte zielbewußter Förderung der Arbeiterschaft sein, die ihr Schicksal in Ihre Hand gelegt hat, eine Stätte auch verantwortungsbewußter Mitarbeit an dem Wohle und Gedeihen des ganzen Volkes. In diesem Sinne beglückwünsche ich den DMV zu seinem neuen Heim! (Beifall.)

Im Namen des Magistrats von Berlin dankte Herr Wutzky für die Einladung zur Teilnahme an der Einweihung des Verbandshauses. Der Redner rechnete es sich zur besonderen Ehre an, da er selbst aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist. Die Stadt Berlin freue sich des Zuwachses von neuen Bürgern und entbiete ihnen ein herzliches Willkommen! Es möge ihnen in der neuen Heimat so gut gefallen, daß sie den Schmerz um Stuttgart vergessen. Aber der Gruß gelte nicht nur der Hauptverwaltung des DMV, sondern auch seiner Million Mitglieder. Sei doch die Metallindustrie Berlins 15.000 Betriebe und sie beschäftigten 400.000 Personen. Es lebe somit ein Fünftel der hauptstädtischen Bevölkerung von der Metallbearbeitung.

Wahrscheinlich aber hat, so fährt der Redner fort, das politische Berlin den Ausschlag beim Umzug gegeben. Gleichviel, für mich, als den Vertreter der Stadt Berlin, bleibt nur die Tatsache zu würdigen und der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß durch die Verlegung Ihrer Hauptverwaltung nach hier die wirtschaftliche und sonstige Bedeutung Berlins gefördert wird. Gleichwohl bin ich davon überzeugt, daß Sie sich in Ihrem neuen Gebäude wohlfühlen werden. Möchten in Ihrem neuen Verbandshaus und in Ihrem Verband selbst stets Kameradschaft und unerschütterliche Tatkraft walten zum Wohle Ihrer Mitglieder und zum Segen der Arbeiterschaft. Willkommen darum in Berlin und ein Glückauf Ihrem ferneren Wirken! (Allgemeiner Beifall.)

Herr Herz, der Bürgermeister des Bezirks Kreuzberg, in dessen Gemarkung das neue Haus liegt, gedachte dann der Zusammenarbeit bei dem Bauwerk. Es sei dem gemeinschaftlichen Wirken dreier Gruppen zu verdanken, die keineswegs immer harmonierten, weil jede von ihnen naturgemäß von einem andern Zweckgedanken sich leiten lasse. Dessenungeachtet sei es gelungen, ein Werk zustande zu bringen, mit dem alle zufrieden sein könnten. Der Bau habe eine architektonische Form, die als der Anfang eines neuen städtebaulichen Bildes werde dienen können. An dem Ehrentage des DMV wolle er, der Bürgermeister, der Versammlung den Gruß entbieten, der in Oesterreich der Ausdruck des höchsten Gefühls sei: Freundschaft! (Starker Beifall.)

Es spricht sodann Herr Donau vom Internationalen Arbeitsamt, der dem Wunsche Ausdruck gibt, daß durch die Sitzverlegung die Beziehungen zur Körperschaft des Redners noch freundlicher werden. Im Namen der Sozialdemokratischen Partei drückt Genosse Bartels seine Freude über die Übersiedlung des Verbandes aus. Er hofft, daß hierauf ein noch innigeres Zusammenarbeiten zwischen den beiden großen Teilen der Arbeiterbewegung sprießen möge. Er beglückwünscht den Verband am Schluß nochmals zu seinem neuen, prächtigen Heim.

Den Reigen der Redner schließt der alte Verbandsveteran Strecken aus Leipzig. Er dankt dem Vorstand, daß es den Rednern und den anderen Pionieren und Gründern des Verbandes möglich geworden sei, noch einmal im Kreise der alten Kameradschaft zu verweilen und an der Einweihung des Verbandshauses teilnehmen zu können. Möge der Verband auch weiterhin wachsen und gedeihen! (Freudiger Beifall.)

Schließlich dankt der Vorstandsvorsitzende Brandes den Gästen für die freundlichen Glückwünsche. Er hoffe, daß alle noch lange beisammen bleiben und am Abend an der Feier, die die Ortsverwaltung Berlins veranstaltet, sich efinden werden.

vorher im Sportpalast, und begrüßt dann die Vertreter der ausländischen und inländischen Bruderverbände, im besonderen den Genossen Leipart als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Reichel gedenkt dann der Töten des Verbandes und der allgemeinen Arbeiterbewegung in den beiden letzten Jahren, darunter insbesondere des Genossen Franz Domes, des langjährigen Vorsitzenden und Leiters des Oesterreichischen Verbandes. Dann fährt der Redner fort: Das Parlament der Metallarbeiter tritt in der Zeit einer beispiellosen Wirtschaftskrise zusammen, die die größten Anforderungen an die Organisation stellt. Man redet jetzt so viel über die Krise des Parlamentarismus. Wir sind ja auch ein Parlament, und wir hoffen, als Parlament der Arbeiter nützliche und gute Arbeit für unsere Kollegen und für die Gesamtarbeiterschaft zu leisten. Diejenigen, die vom Niedergang des Parlamentarismus an sich reden, wollen damit nur die eigene Schuld verdecken. Der Not der Zeit kann nur gesteuert werden, wenn der Parlamentarismus weitergeführt wird durch die aufbauende Kraft der Arbeiterbewegung. So ist es auch unsere Aufgabe, in der jetzigen Wahlbewegung alle Kräfte in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen. Wir, die Vertreter der deutschen Metallarbeiter, wollen das Gelohnis ablegen, daß wir willens sind, auch die letzte Kraft einzusetzen, um die Sozialdemokratie zum Siege über die Klassengegner zu führen. (Allgemeine Zustimmung.) In der Sozialdemokratie erblicken auch wir die einzige Arbeiterpartei, die zugleich durch ihr Schaffen im Staat, in der Sozialpolitik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in den Kulturfragen umgestaltend wirkt und damit hineinwirkt in die Zukunft. Sie gehört uns und wir gehören zu ihr, wir fühlen uns mit ihr aufs innigste verbunden!

Rund 10 Millionen Arbeitslose sind in den drei größten Industrieländern der Welt, in England, Deutschland und Amerika vorhanden. Das Schicksal von 40 Millionen Menschen, Angehörigen der Arbeitslosen, ist aufs unzertrennlichste mit dieser großen Arbeitslosigkeit verbunden. Sie hat sich zur Krise des Kapitalismus überhaupt ausgewachsen. Um so schärfer und entschiedener müssen wir auf eine durchgreifende Reform der Wirtschaft dringen. Wir wollen eine vernünftige Ordnung der Wirtschaft, wir wollen aber damit auch zugleich den Frieden der Welt sichern. Es gilt,

die Stunde zu nützen zur Sammlung der Kräfte

in unseren eigenen Kreisen und zur Sammlung der Kräfte für die gesamte Arbeiterbewegung. Ich bitte alle Teilnehmer des Verbandstages in diesem Sinne zu wirken und zu arbeiten, damit es vorwärts geht trotz aller Schwierigkeiten, vor denen wir stehen. Wir hoffen, in den wenigen Tagen, die uns zur Verfügung stehen, gute Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

## Ansprachen der Gäste.

Es folgen nun die Begrüßungsreden der Gäste, die die ganze Vormittagssitzung ausfüllen.

Genosse Leipart, der Vorsitzende des ADGB, der das erste mal nach langer Ruhepause, die sein Unfall ihm auferlegt hatte, wieder öffentlich auftritt, wird mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er heißt im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Verband nach der Übersiedlung in Berlin herzlich willkommen: Ihr neues Verbandshaus, fährt Leipart fort, zeigt den großartigen Aufstieg des Metallarbeiter-Verbandes. Ich bin überzeugt, daß jeder Berliner das neue Verbandshaus als eine neue Sehenswürdigkeit der Stadt betrachten wird. Es ist ein stolzer Bau, es ist eine würdige Stätte für das Hauptquartier des großen DMV. So fest gefügt



Die Baukommission des Hauses:

Alwin Brandes, Ernst Schäfer, Karl Schott, Franz Siegel, Robert Weißig

wie der Bau des neuen Verbandshauses, so stark und unerschütterlich stehen die Grundmauern der gewerkschaftlichen Organisation. Mag der Ansturm gegen unsere Organisation, gegen ihr Wirken und ihre Erfolge noch so ungünstig sein, wir sind überzeugt und vertrauen darauf, daß die organisierten Arbeiter die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die sie sich in harten Kämpfen errungen haben, mit Anspannung aller ihrer Kräfte zu verteidigen und zu erhalten wissen werden. Die Verhandlungen dieses Verbandstages finden in einer bedeutungsvollen Zeit statt, in den letzten Wochen vor

# Beginn des Verbandstages

## Der erste Verhandlungstag

Der 19. ordentliche Verbandstag tagt in dem mit rotem Fahmentuch und Blumen äußerst wirkungsvoll geschmückten großen Saale von Kroll, einem staatlichen Gebäude, dessen sämtliche Räume dem Verbandstage zur Verfügung stehen.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission nehmen an der Tagung 509 gewählte Vertreter, 9 Mitglieder des Erweiterten Beirats, 18 Bezirksleiter, 8 besoldete und 8 unbesoldete Vorstandsmitglieder, sowie die beiden Schriftleiter, 5 Mitglieder des Verbandsausschusses und ein Vertreter der Bildungsabteilung teil. Insgesamt demnach 538 Vertreter, zwei entschuldigte Kollegen werden noch erwartet. Außerdem sind sehr zahlreiche Vertreter der Bruderverbände aus Belgien, Frankreich, England, der Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei erschienen, sowie Vertreter der deutschen Spitzen- und Bruderverbände. Der erste Verhandlungstag wird von dem Arbeitersängerbund Berlin, Bezirk 8, mit dem Vortrag der bekannten schönen Chöre „Empor zum Licht“ und „Tord Foleson“ gegen 10 Uhr eingeleitet.

Kollege Eckert der Ortsverwaltung Berlin heißt den Verbandstag herzlich willkommen. Der gestrige Begrüßungsabend hat allen Teilnehmern des Verbandstages die innige Verbundenheit der Berliner Mitglieder mit der Gesamtorganisation bewiesen. Kollegialität, Solidarität und Kameradschaft verbindet uns mit den Kollegen im Lande und über alle Landesgrenzen hinweg verbindet uns internationales Denken und Fühlen, der entschiedene Wille zum gemeinsamen Handeln zum Wohle der Gesamtarbeiterschaft aller Länder.

Die erste Tagung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin hat im Jahre 1905 stattgefunden. Damals, vor 27 Jahren zählte der DMV in Berlin 30.000 Mitglieder, heute kann er rund 85.000 weisen. Damals riefen die neu gegründeten Organisationen der Großindustrie zum entscheidenden Schläge gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband und erlitten sich dabei der Hilfe der kaiserlichen Behörden. Ich kann den Gegensatz von damals und heute nicht treffender aufzeigen, als wenn ich an die Verfügung des damaligen königlichen Polizeipräsidenten erinnere, die er unmittelbar nach der Tagung des Verbandstages erlassen ließ, die lautet:

„Die von Ihnen für den 15. Juni d. Js., vormittags 11 Uhr, in dem Lokale Sophienstraße 34 angesetzte Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird hiermit auf Grund der §§ 10, 11, 12 des Allgemeinen Landrechts im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten.“

Der königliche Polizeipräsident ist verschwunden, aber der DMV ist geblieben, ist groß und stark geworden. Keine Behörde wird es heute wagen, seine Vertreter nichtachtend zu behandeln und die Verbände der Großindustrie sind gezwungen worden, mit den Vertretern des DMV als gleichberechtigte Partner zu verhandeln.

Berlin ist ein großer geschichtlicher Boden der Gewerkschaftsbewegung. In den vordersten Reihen haben in allen Kämpfen die Metallarbeiter gestanden! Spaltung und Zersplitterung sind an ihnen vorübergezogen, aber immer wieder haben sie sich um die Fahne des Verbandes gesammelt. Der Geist der Berliner Metallarbeiter ist der unbeirrbar Wille, über die Wirrungen der Zeit hinweg, die großen Ziele der Bewegung nicht aus den Augen zu verlieren. Gewerkschaft und Sozialismus, das ist unsere Lösung!

Vielleicht mag es in der Provinz, vielleicht auch in Stuttgart, am früheren Sitz des Vorstandes, den einen oder anderen Kollegen gegeben haben, der nicht alles mit freundlichen Augen ansah, was bei uns in Berlin vorging. Bei der Beurteilung der Berliner Mitgliedschaft darf man nicht außer acht lassen, daß Berlin als Reichshauptstadt der Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Lebens geworden ist. Hier spitzen sich die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze viel scharfer zu. Hier sitzen die reaktionärsten Scharfmacher, die mit allen Mitteln versuchen, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern und die Lebenshaltung herabzudrücken. Und hier finden die Scharfmacher auch die beste Unterstützung durch jene politische Partei, die nach Moskauer Befehlen die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen soll. Wir Berliner sind leider immer noch gezwungen, einen Teil unserer Kräfte zur Abwehr gegen die Gewerkschaftsspalter einzusetzen, wir würden viel mehr für die Arbeiter erreichen können, wenn wir die im Kampf gegen die kommunistischen Spalter eingesetzten Kräfte gegen die Unterdrücker einsetzen könnten. (Sehr wahr!)

Im Kampfe gegen die Moskower haben wir in Berlin Erfolge zu verzeichnen. Die noch aus den Wirren und Irrungen der Nachkriegszeit übriggebliebene Weyer-Organisation, die sich Deutscher Industrie-Verband nannte, ist von uns restlos beseitigt worden. So wird es uns auch gelingen, die auf Moskauer Befehl entstandenen und mit Rubeln gefütterten Spaltgruppen aufzusaugen und die irreführten Arbeiter der freien Gewerkschaften zuzuführen. Wir haben zu dem Vorstand das Vertrauen, daß er nicht nur stark in der Abwehr sein wird, sondern in einem sich bietenden günstigen Augenblick auch die volle Kraft der Organisation zum Angriff einsetzen wird. (Bravos!) Das Arbeitszeitproblem muß einer ernsten Beratung unterzogen, die

Forderung des Sechsstundentages mit allem Nachdruck

vertreten werden. Wenn es uns in Berlin noch nicht gelungen ist, unsere Agitationsarbeit so zu steigern, um das erste Hunderttausend von Mitgliedern in der Verwaltung zu erreichen, so liegt das an den ungünstigen schwierigen Verhältnissen und an der politischen Zersplittertheit der Arbeiterklasse. Berlin zählt in der Metallindustrie ungefähr 400.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Das beweist, daß hier in Berlin noch ein riesiges Feld zu hecken ist. Der Verbandstag hat die Sympathie der Berliner Metallarbeiter. Glückauf! Es lebe der 19. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Reichel dankt der Berliner Zahlstelle herzlich für die großartige und wirkungsvolle Veranstaltung am Abend



der bevorstehenden Reichstagswahl. Die große Anteilnahme, die die Gewerkschaften an dieser Reichstagswahl haben, hat dazu geführt, daß erstmals die Organe des Bundes ganz offen und frei für die Wahl von Sozialdemokraten eingetreten sind. Ich bin überzeugt, daß die Millionen-Gewerkschaftsmitglieder im Lande diesem Rufe bereitwillig Folge leisten werden. So sehr wir uns aber auch bemühen werden, mit allen unseren Kräften für einen großen Sieg der Sozialdemokratischen Partei bei der bevorstehenden Wahl einzutreten, so dürfen wir doch nicht außer acht lassen, daß auch dann noch weiterhin starke und in sich gekräftigte Gewerkschaften notwendig sind. Das gilt insbesondere für die Metallarbeiter, die ja einen schwereren Kampf als andere zu führen haben.

Ich wünsche Ihren Verhandlungen, die von dem Geist der Brüderlichkeit und der Einigkeit beseelt sein mögen, einen möglichst guten Erfolg für die Metallarbeiterschaft Deutschlands und für die gesamte Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Schweizer (Berlin), spricht für den Bund der technischen Angestellten und Beamten, den Zentralverband der Angestellten und den Deutschen Werkmeisterverband! Das Interesse der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der Metallindustrie an der Arbeit und den Erfolgen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ergibt sich aus der Praxis, aus der täglichen Zusammenarbeit im Betrieb und auch aus der täglichen Zusammenarbeit im gewerkschaftlichen Kampf. Es ergibt sich nicht zuletzt auch aus der Gleichartigkeit des Arbeitschicksals. Das Angestellte und Arbeiter miteinander verbindet. Die Anschläge des Kabinetts Brüning und der hinter diesem Kabinetts stehenden politischen Parteien treffen nicht nur die Arbeiterschaft, sondern sie treffen genau so die Angestellten. Gerade hier auf Berliner Boden haben die Angestellten in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß sie von den Unternehmern der Metallindustrie mit keinem anderen Maße gemessen werden als die Arbeiter, daß sie infolgedessen keinerlei Veranlassung haben, etwa noch an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu glauben.

Die in den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden vereinigten Angestellten der Metallindustrie haben das erkannt. Sie wissen, daß die Metallarbeiter ihre Arbeitsbrüder sind, daß ein enges Band der Solidarität Angestellten und Arbeiter der deutschen Metallindustrie und letzten Endes der Metallindustrie aller Länder verbinden muß. (Lebhafter Beifall.)

Jahrmärkte vom Verband der Kupferschmiede geht kurz auf die Verschmelzungsfrage ein: Sie haben in Karlsruhe durch Beschluß Ihren Vorstand beauftragt, mit dem Verband der Maschinen- und Heizer und mit unserem Verband in Verhandlungen zwecks Zusammenschluß dieser drei Verbände zu einer einheitlichen Organisation einzutreten. Solche Verhandlungen haben wiederholt stattgefunden, und sie haben schließlich für uns zu einem gewissen guten Ergebnis geführt, nämlich zur Festlegung von Richtlinien, die für den Fall der Verschmelzung gelten sollen. Unser Vorstand hat sich mit diesen Richtlinien einverstanden erklärt und für die Zeit vom 4. bis 11. Oktober erneut eine Urabstimmung über den Zusammenschluß mit Ihnen angesetzt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sie diesmal den gewünschten Erfolg bringen wird. Sollte dies jedoch wider Erwarten nicht der Fall sein, dann, Kollegen, bitte ich Sie, uns deswegen nicht böse zu sein, sondern mit uns gemeinsam für den Zusammenschluß weiterzuarbeiten, bis das Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.)

## Die Eiserne Internationale

Hg (Bern), der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, mit lebhaftem Beifall begrüßt, beglückwünscht den Verband zu dem stattlichen und technisch hervorragend eingerichteten neuen Verbands- haus, das die Entwicklung und die Kraft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes widerspiegelt. Er betont, daß die bisherigen engen kameradschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Verband und Internationalem Bund auch durch die weitere Entfernung nicht leiden werden.

Ein ungeheures Problem ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Gewiß hat es im Kapitalismus immer Arbeitslose gegeben, hat immer eine Krise die andere abgelöst; aber so tief wie heute ist die Frage wohl nie gegangen. Der Kapitalismus hat in früheren Zeiten immer einen Ausweg gefunden. Er hat sich angestrengt, Absatzmärkte im Auslande, auch in Uebersee, zu finden. Dies dürfte ihm diesmal nicht mehr gelingen. Der Produktionsapparat in allen Ländern ist so groß geworden, daß für die Produktion einfach kein Absatz mehr da ist. Wie soll da die Lösung gefunden werden? Die sogenannten Volkswirtschaftler, von denen man die Weisheit hört: nur durch einen Lohnabbau, vielleicht auch durch eine Arbeitszeitverlängerung sei es möglich, aus dem Elend herauszukommen. Sie scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein.

Mit rein gewerkschaftlichen Mitteln können wir dieses ungeheure Problem nicht lösen, sondern hierzu gehört die politische Macht. Einer dieser Kämpfe um die politische Macht wird für euch in Deutschland der 14. September sein. Der 14. September hat noch eine ganz andere Bedeutung als nur die eines Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Die Bolschewisten haben alles getan, um den faschistischen Geist in allen Ländern aufzubereiten. (Sehr richtig.) Dadurch, daß die Bolschewisten Brutalität predigen, peitschen sie natürlich die Bourgeoisie bis zur Siedehitze auf, und heute sind wir an dem Punkt angelangt, wo sogar in dem großen Deutschland eine Entscheidung fallen wird. Wenn es in Deutschland dem Faschismus der Bourgeoisie gelingen sollte, die Arbeiter zu terrorisieren, dann wird sich diese Bewegung auf alle anderen Länder ausbreiten. Das kann zu schweren Kämpfen und schwerem Widerstand führen, aber wenn Deutschland der Reaktion unterliegt, dann werden auch die anderen nicht standhalten.

Darum, Kollegen, sind heute alle Augen auf Deutschland gerichtet. Was wird der 14. September bringen? Er ist entscheidend. Diesmal haben es ja die Arbeiter noch in der

Hand. Wir haben Zutrauen zu den deutschen Gewerkschaften, daß sie diesen Tag siegreich bestehen werden.

Und nun, wertere Kollegen, können Sie mich fragen: Und was macht die Internationale? Die Internationale sieht es als ihre höchste Aufgabe an, alles zu tun, um die Organisation zu stärken, aber wir stoßen auf ungeheure Widerstände. Das Gift von Moskau ist eingedrungen nicht zum Nutzen der Arbeiterschaft, sondern durch das Gift wird gerade heute der Egoismus großgezüchtet, der immer wieder sich dagegen sträubt, der Organisation das zu geben, was ihr gehört. Das erschwert ungeheuer unsere propagandistische Tätigkeit. Ich danke dem Deutschen Verband für seine Unterstützung bei den Bestrebungen, die Organisation auch in andere Länder zu tragen. Das werden wir vielleicht noch mehr als bisher tun müssen, sonst sind internationale Aktionen nicht denkbar. (Stürmischer Beifall.)

Brownlie, der Vertreter der Britischen Abteilung der Eiserne Internationale beglückwünscht den Verband zu den großen Fortschritten und zu dem neuen prächtigen Hauptquartier als Ausdruck der Einigkeit und Entschlossenheit des Verbandes. Dann fährt er fort: Auch wir in England stehen dem großen internationalen Problem der Arbeitslosigkeit gegenüber. Wir zählen jetzt in England 2.200.000 Arbeitslose. Dies Problem bedeutet eine Verurteilung des Kapitalismus; es beweist seine Unfähigkeit, die von ihm geschaffenen Schwierigkeiten zu lösen. Die Arbeiterklasse muß trachten, daß sie die Macht und die Kontrolle über die kapitalistischen Produktionen in die Hände bekommt. Ich freue mich besonders über die große Einigkeit, die hier dadurch zum Ausdruck kommt, daß so zahlreiche Vertreter aus dem Ausland erschienen sind. Aus dieser Versammlung kann man die Hoffnung schöpfen, daß es vorwärts geht zum Wohle der Arbeiterschaft. Darum viel Glück für Ihren Verbandstag. (Lebhafter Beifall.)

Solan, der Vertreter des belgischen Metallarbeiter-Verbandes, betont, daß die belgische Organisation nach dem Beispiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgebaut ist. Von 230.000 in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern Belgiens sind heute 115.000, also 50 vH organisiert. Es ist uns nur durch die Anwendung des deutschen Organisations-systems möglich gewesen, zu dieser Kraft und Macht zu gelangen.

Swensson (Stockholm), teilt unter lebhaftem Beifall mit, daß etwa 90 vH aller Arbeiter der Metallindustrie Schwedens organisiert sind, davon sind 101.236 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Die Arbeitszeit in der Metallindustrie ist in der Regel 48 Stunden die Woche. Die Reallöhne der Industriearbeiter sind in Schweden seit dem Jahr 1913 im Durchschnitt um 37 vH erhöht worden. Wir wünschen, daß es den Gewerkschaften gelingen werde, durch weitere Kämpfe sich noch größeren Einfluß auf die Löhne und Arbeitsbedingungen und eine wirkliche Kontrolle über die Unternehmungen verschaffen zu können, um schließlich einmal das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Produktion und über den Verbrauch zu erringen. (Lebhafter Beifall.)

Kjaerhøj (Kopenhagen). Mit großer Bewunderung haben wir die Riesensarbeit des deutschen Verbandes verfolgt. Bedauerlich ist, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit einen Schatten auf diesen Kongreß wirft. Wenn nicht in Mitteleuropa der Beschäftigungsgrad ein besserer wird, werden auch die Wirkungen bei uns in Skandinavien üble werden. Glücklicherweise haben wir in Dänemark eine sozialdemokratische Regierung, die das äußerste tut, was sie vermag, um unsere Erwerbsverhältnisse aufrechtzuerhalten. (Bravo!)

Der französische Delegierte Galantus gibt seiner großen Bewunderung Ausdruck für den überwältigenden Eindruck des neuen Verbandshauses und der Kündgebung am Sonntag im Sportpalast. Der französische Metallarbeiter-Verband war nach dem Kriege stark, ist aber durch die Spaltungsbestre-

ben Kongreß und zu dem bevorstehenden Wahlkampf. (Beifall.)

Janecek (Wien), schildert die Reaktion in Oesterreich. Der Arbeitermord ist bei uns straffrei. Jeder Reaktionär, der sich herausnimmt, einen Arbeiter niederzuschießen oder totzuschlagen, kann damit rechnen, daß er von den Gerichten freigesprochen wird. (Hört! Hört!) Man hat geglaubt, dadurch die Arbeiterklasse einschüchtern und die Organisationsarbeit lähmen oder ertöten zu können. Es hat nichts genutzt. Durch die Staatsstreichversuche im vorigen Jahre wurden wir gezwungen, uns ebenfalls bereitzuhalten. Wochen und Monate haben bei uns in den Betrieben die Arbeiter neben den Werkzeugen ihre Waffen stehen gehabt, Revolver und Gewehre, um in dem Augenblicke, wo die Reaktion zum Schlage auszuholen sollte, mit gleichen Mitteln, mit Waffengewalt, antworten zu können. Durch die gegenseitigen Rüstungen zum Bürgerkrieg ist die kapitalistische Ordnung bedenklich ins Wanken geraten. Ein Drittel unserer Kollegenschaft ist arbeitslos, ein weiteres Drittel leistet Kurzarbeit und auch das vorläufig noch voll beschäftigte letzte Drittel hat mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber erlahmen werden wir nicht! Mit Sehnsucht sehen wir der Zeit entgegen, wo wir nicht mehr als Ausländer zu Ihnen kommen, sondern als Brüder im gleichen Lande. Die Arbeiterklasse ist vielleicht die einzige Bevölkerungsschicht in Oesterreich, die ehrlich den Anschluß an Deutschland erstrebt, weil wir glauben, daß dieses Deutschland den Sozialismus verwirklichen wird, und daß es dann überhaupt keine Grenzen geben wird, sondern nur Völker, die sich frei und ohne Hindernisse zueinander bekennen können. (Stürmischer Beifall.)

Für den Verband der Eisen-, Metall- und chemischen Arbeiter spricht Peter Bernau. Anton Hampl begrüßt den Verbandstag im Namen des Metallarbeiter-Verbandes in der tschechoslowakischen Republik, und für die deutschen Metallarbeiter in der Tschechoslowakei spricht Franz Kaufmann (Komotau). Samuel Czapo überbringt die Grüße der ungarischen Metallarbeiter. Als letzter Redner in dieser Reihe der Gäste erhält das Wort Klebe von den Maschinen- und Heizern. Er betont zur Verschmelzungsfrage: Wenn zwei lebensfähige Organisationen eine Verbindung herbeiführen wollen, dann erfordert es auf beiden Seiten großes Entgegenkommen. Wir unsererseits sind ernstlich gewillt, die Verschmelzung zu verwirklichen. Wir glauben, daß wir mit unseren 50.000 Mitgliedern den Anfang machen können, um die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf ein bis zwei Millionen zu erhöhen. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Reichel dankt allen Vertretern der Bruderverbände für die herzlichen Worte der Begrüßung. Sodann wird das Büro des Verbandstages gewählt, und zwar als Vorsitzende die Kollegen Reichel und Ulrich (Berlin) und Strobel (Chemnitz).

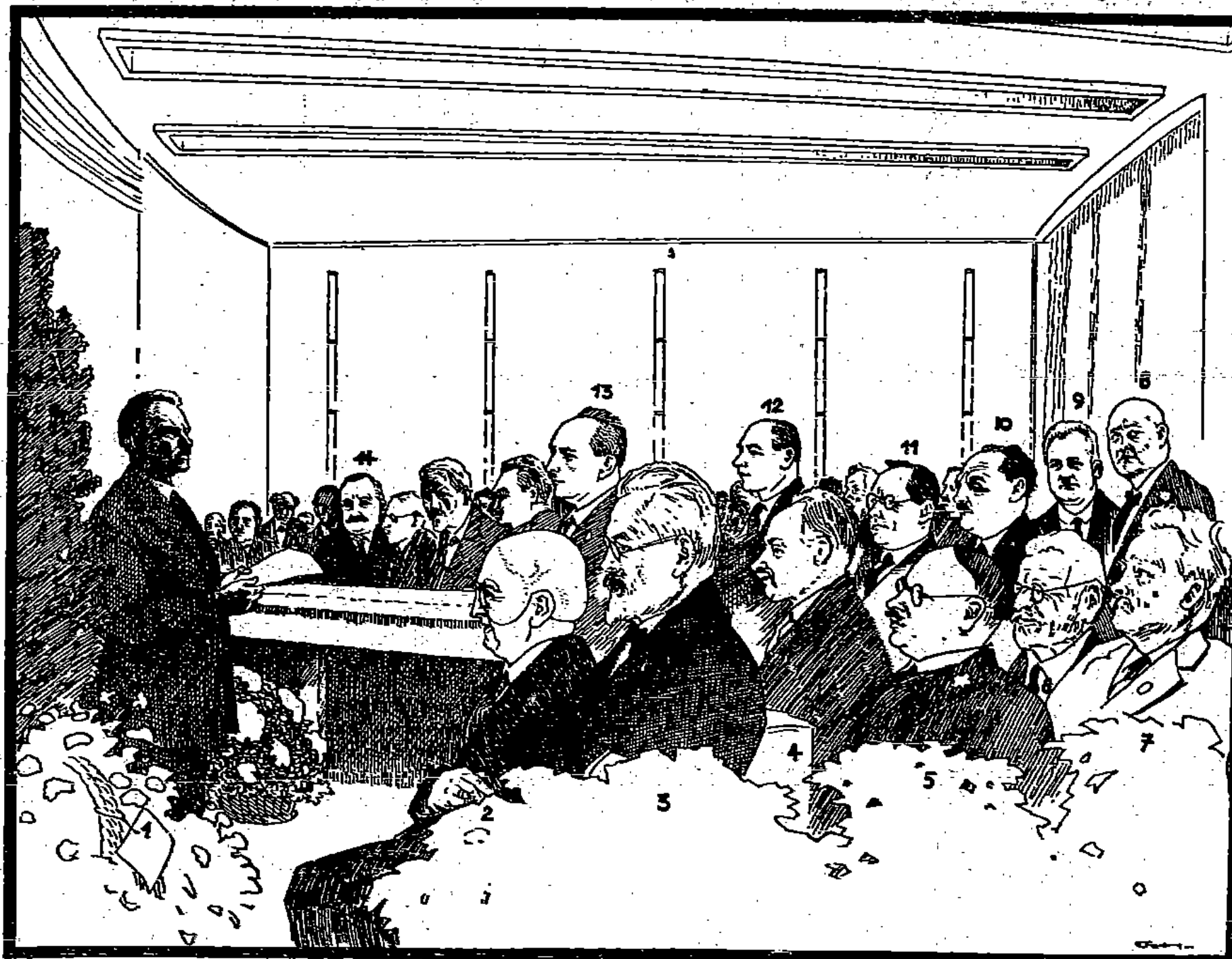
## Berichterstattung des Vorstandes

Es folgen nun die Geschäftsberichte. Brandes eröffnet den Reigen der Berichterstatter. Er legt zunächst den Unterschied in den Verhältnissen gegenüber der Zeit, wo der Verbandstag in Karlsruhe tagte, dar. Damals geringe Arbeitslosigkeit, eine wirtschaftliche Gesamtlage, die die Arbeit den Gewerkschaften erleichterte. Dazu eine ganz vorzügliche politische Situation, die Reichstagswahlen, die der Sozialdemokratischen Partei den Sieg gebracht hatten. Demgegenüber jetzt eine außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Lage. Die Arbeitslosenzahl, die damals 340.000 betrug, war schon bis Februar 1929 auf 2 1/2 Millionen gewachsen. Das machte eine weitsichtige Lohn- und Preispolitik in Deutschland notwendig. So haben die Gewerkschaften auf eine steigende Lohnentwicklung und eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, die mit den technischen Fortschritten Schritt hält, hingearbeitet. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit haben uns in schlecht organisierten Bezirken auch die Schlichtungsorgane in den letzten Jahren geholfen. Deshalb hat sich in unserer Stellungnahme zum Schlichtungswesen nichts geändert. Wir haben ein Interesse daran, daß der Staat, wenn er überhaupt die Wirtschaft mit beherrschen will, auch in Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten der sozial Schwächeren eingreift. Wieweit besagt unser Verbandsbeschluß von Karlsruhe, an dem wir festhalten.

Dies Vorgehen der Gewerkschaften hat scharfsten Widerstand der Unternehmer gefunden. Sie wollen keine „Lohn-diktatur der Gewerkschaften“, wie sie es nennen, auch keine Lohn-diktatur der Schlichtungsstellen. Sie hassen die Sozialversicherung und wollen den Arbeitern die Rückenstärkung durch die Arbeitslosenversicherung nehmen, um ihnen wieder, wie in der Vorkriegszeit vielfach, die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Der Vortrupp der Schwerindustriellen sperrte damals 215.000 der Arbeitergruppe Nordwest aus, ein Attentat nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die wirtschaftliche Vernunft, denn sehr bald stellten sich die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen dieses brutalen Vorgehens heraus.

Die breiteste Öffentlichkeit hat sich damals hinter die Aussperrten, hinter die im Kampf stehenden Arbeiter gestellt, unter Führung des sozialdemokratischen Ministers damals zum erstenmal in Deutschland es fertiggebracht, sich offen auf die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen. Es sind damals 20 Millionen Mark aus Staatsmitteln bewilligt worden, die an die im Kampf stehenden Arbeiter gezahlt wurden, und auch der Versuch, nur die Unorganisierten zu unterstützen, wurde zurückgezogen in dem Augenblicke, als von mir in der entscheidenden Sitzung erklärt wurde: Dann pfeifen wir auf die ganze Unterstützungsaktion, wenn etwa dadurch diejenigen bestraft werden sollen, die sich organisiert haben. Der Kampf hat fünf Wochen gedauert und hat einen Produktionsausfall von mindestens 100 Millionen Mark gebracht, wozu noch gewaltige Verluste der weiterverarbeitenden Industrie kamen. Der innere Markt ist damals um mindestens 1/4 Milliarde geschädigt worden durch dieses Vorgehen der Scharfmacher.

Die breitesten Öffentlichkeit hat sich damals hinter die Aussperrten, hinter die im Kampf stehenden Arbeiter gestellt, unter Führung des sozialdemokratischen Ministers damals zum erstenmal in Deutschland es fertiggebracht, sich offen auf die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen. Es sind damals 20 Millionen Mark aus Staatsmitteln bewilligt worden, die an die im Kampf stehenden Arbeiter gezahlt wurden, und auch der Versuch, nur die Unorganisierten zu unterstützen, wurde zurückgezogen in dem Augenblicke, als von mir in der entscheidenden Sitzung erklärt wurde: Dann pfeifen wir auf die ganze Unterstützungsaktion, wenn etwa dadurch diejenigen bestraft werden sollen, die sich organisiert haben. Der Kampf hat fünf Wochen gedauert und hat einen Produktionsausfall von mindestens 100 Millionen Mark gebracht, wozu noch gewaltige Verluste der weiterverarbeitenden Industrie kamen. Der innere Markt ist damals um mindestens 1/4 Milliarde geschädigt worden durch dieses Vorgehen der Scharfmacher.



Der Vorstand des Verbandes bei der Weiherede

1 Brandes, 2 Schlichte, 3 Theodor Leipart, 4 Reichel, 5 Schott, 6 Schorn, 7 Enländer-Mörsberg, 8 Kammer, 9 Heuse, 10 Metz, 11 Schöfer, 12 Test, 13 Schillestedt, 14 Hanzke

bungen der Kommunisten sehr stark zurückgegangen. Heute jedoch befindet er sich durch die Anstrengungen des internationalen Metallarbeiter-Bundes, unsere Organisation zu stärken, wieder im Aufstiege. Der Redner schließt mit dem Ruf: Nieder mit dem Krieg! Hoch der Frieden!

Oosterhoorn (Amsterdam) geht auf die Erfolge des niederländischen Metallarbeiter-Verbandes ein. Es ist unserem Verband nach einer Reihe von großen und lange währenden Konflikten schließlich gelungen, eine kollektive Uebereinkunft im Schiffbau und für die Maschinenfabrikation mit dem Unternehmerverbande für die Zeit von 1 1/2 Jahren abzuschließen. Unser Bund zählt jetzt 35.800 Mitglieder. Auf gesetzgebendem Gebiet ist jetzt ein Krankenversicherungsgesetz bei uns in Kraft getreten. Dem kranken Arbeiter sind dadurch 80 vH seines Einkommens während 26 Wochen als Krankenunterstützung gesichert. Unsere besten Wünsche für

und auch die Staatsgewalt hat unter Führung des sozialdemokratischen Ministers damals zum erstenmal in Deutschland es fertiggebracht, sich offen auf die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen. Es sind damals 20 Millionen Mark aus Staatsmitteln bewilligt worden, die an die im Kampf stehenden Arbeiter gezahlt wurden, und auch der Versuch, nur die Unorganisierten zu unterstützen, wurde zurückgezogen in dem Augenblicke, als von mir in der entscheidenden Sitzung erklärt wurde: Dann pfeifen wir auf die ganze Unterstützungsaktion, wenn etwa dadurch diejenigen bestraft werden sollen, die sich organisiert haben. Der Kampf hat fünf Wochen gedauert und hat einen Produktionsausfall von mindestens 100 Millionen Mark gebracht, wozu noch gewaltige Verluste der weiterverarbeitenden Industrie kamen. Der innere Markt ist damals um mindestens 1/4 Milliarde geschädigt worden durch dieses Vorgehen der Scharfmacher.



Dazu kam die vermehrte Arbeitslosigkeit durch den strengen Winter 1928/29. Die Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer verpufften vollständig, weil man sie durchführte, ohne zu berechnen, ob für die vermehrte Produktion überhaupt ein Bedarf in der Wirtschaft vorhanden war. So war das Kapital, das für die Rationalisierung verwendet worden war, verschleudert. Es mußte verzinzt werden, und dadurch wurde die Produktion erheblich verteuert. Die erhoffte Mehrproduktion für den inneren Markt trat nicht ein, und so wurde auch eine Steigerung der Ausfuhr nach anderen Staaten hinfällig. Die weitere Folge war eine Verminderung der Reicheinnahmen, und auch durch die vermehrten Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung schwoll das Defizit im Reichshaushalt gewaltig an. Das Verlangen nun wieder Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen, benutzten die Scharfmacher zu ihren Vorstößen gegen die Sozialversicherung, zu einem beispiellosen Feldzug besonders gegen die Arbeitslosenversicherung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben den heftigsten Widerstand dagegen geleistet.

Auch der zweite Vorstoß des Unternehmens konnte noch zurückgewiesen werden, aber der dann erneut einsetzende Kampf um den Abbau der Arbeitslosenversicherung hat dazu geführt, daß die mit sozialdemokratischem Einschlag versehene Regierung zum Rücktritt veranlaßt wurde. Es folgte die Bürgerblock-Regierung unter Führung von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsführern der Herren Brüning und Stegerwald. Für einige der vom Kabinett vorgeschlagenen Maßnahmen fand man nicht einmal in dieser Reichstag mit der bürgerlichen Mehrheit eine Mehrheit. Deshalb ging man zu einem neuerlichen Versuch über, das sich diesmal gegen die Verfassung des Deutschen Reichs richtete. Man hat einen

Schlag gegen die Demokratie in Deutschland

unternommen. Man hat also das, was man in Reichstag nicht erreichen konnte, durch ein Diktat eingeführt. Dieses Diktat ist von uns angefochten worden. Die Sozialdemokratische Partei hat erreicht, daß es aufgehoben werden mußte. Die Folge davon ist die Auflösung des Reichstags gewesen. Dieser Wahlkampf wird einer der erbittertesten zwischen Kapital und Arbeit werden. Von seinem Ausgang hängt besonders viel für die Arbeiterklasse und auch für die Demokratie ab.

Das Besitzbürgertum bejaht den Wahnsinn dieser kapitalistischen Wirtschaft. Ist es nicht Wahnsinn, wenn heute in der Welt 15 Millionen Menschen, die gern arbeiten wollen, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wider ihren Willen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind? Ist es nicht Wahnsinn, wenn trotz der gewaltigsten technischen Fortschritte nichts zur Entlastung der menschlichen Arbeitskraft geschieht ist, sondern wenn alle diese Fortschritte infolge der Stellung der Bourgeoisie nur dazu beitragen, die Lasten und Leiden der arbeitenden Klasse noch größer zu machen? Ist es nicht Wahnsinn, wenn ungeheure Mengen von Lebensmitteln verkommen, absichtlich zugrunde gerichtet werden, obgleich in der ganzen Welt ein Hunger nach Lebensmitteln vorhanden ist? Lassen sich die Massen des werktätigen Volkes auch jetzt noch betören, lassen die breiten Massen der Arbeiter die Zeit dieses Wahlkampfes vorübergehen, ohne das Mittel der Demokratie, das ihnen in die Hand gegeben ist, vernunftgemäß zu verwenden, dann wird die Entwicklung zu einer höheren Wirtschaftsordnung noch lange auf sich warten lassen. Wir wollen deshalb das arbeitende Volk reif machen, diesen Wahnsinn zu beseitigen durch zielbewußte aufbauende Arbeit. Deshalb unterstützen wir die Sozialdemokratische Partei. Wer in diesem Kampf der Sozialdemokratie in den Rücken fällt, der begeht wirklich Verrat an der Arbeiterklasse.

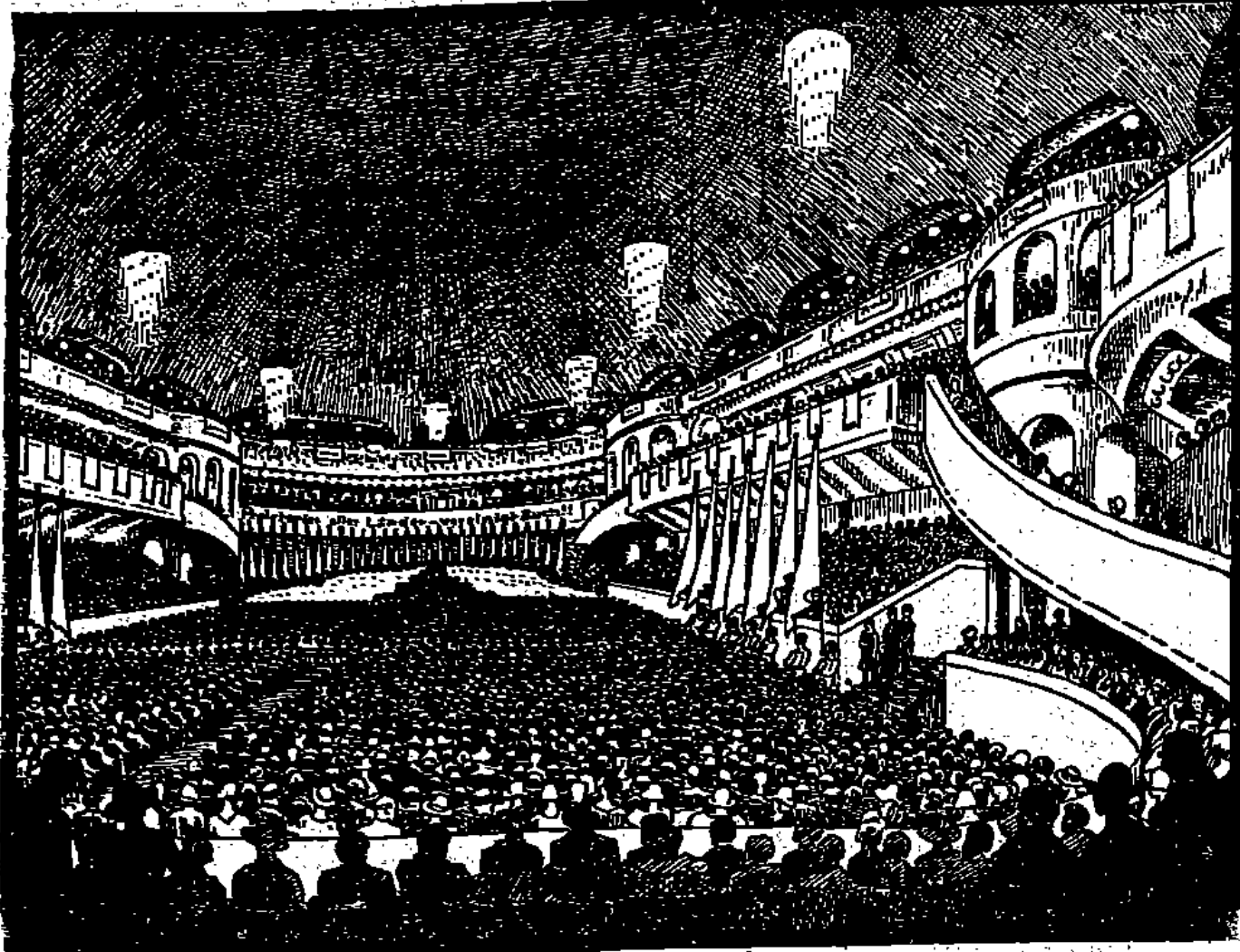
Darum jede Stimme am 14. September der Sozialdemokratischen Partei! (Lebhafte Beifall.)

Der Redner geht nun auf die Verbandsarbeit in den letzten zwei Jahren ein und verweist auf die Fälle von Material darüber in den Jahrbüchern von 1928 und 1929. Die Krise hat natürlich auch ihre Auswirkungen auf unsere Verbandsarbeit gehabt, hat die Störfaktoren der Organisation behindert. Ungeachtet der wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse haben wir in den Berichtsjahren eine Reihe wirtschaftlicher Kämpfe durchzuführen gehabt, darunter den Kampf der Werftarbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit, der 14 Wochen dauerte, und der in seinen Auswirkungen schließlich dazu geführt hat, daß die Werftarbeiter in diesem Frühjahr die 48-Stunden-Woche bekommen haben. Weiter waren an dem großen Kampf in Nordwest fast eine Viertelmillion Metallarbeiter beteiligt. Trotz der Leiden dieses Kampfes ist leider noch immer ein sehr erheblicher Teil der Hüttenarbeiter unorganisiert geblieben. Immerhin ist die Mitgliederzahl auch in diesen für die Organisation schwierigen Jahren in den letzten Jahren ununterbrochen angestiegen. Aber gerade weil dort noch so viele Arbeiter unorganisiert sind, ist das Unternehmertum an der Ruhr sehr schnell bereit, arbeitserfeindliche Maßnahmen durchzuführen. Auch die Presschete gegen die Arbeitslosenversicherung ist im wesentlichen von den Kapitalgebern an der Ruhr befohlen worden. Der Lohnabbau in Nordwest ist um so unerhörter, als die große Kohlenkrise durchaus nicht schlechter abgehandelt haben als im Vorjahr. Gewiß wird jetzt auch bei diesen Werkzeugen der Produktionsrückgang wie in der ganzen Welt bemerkbar werden. Fernerhin ist durch den Preissinz der Agrarerzeugnisse in der ganzen Welt eine Verminderung der Kaufkraft eingetreten. In Amerika sind die Eisenpreise seit Ende v. J. um 10 vH gefallen. Bei Stahlbällen beträgt der Preisrückgang 25 vH. Die englische Eisenindustrie hat deswegen ihre Preise in kurzer Zeit zweimal verringert; auch in Belgien und Frankreich ist eine fühlbare Erniedrigung eingetreten. In Deutschland aber, das ohnehin die höchsten Eisenpreise hat, ist eine Senkung der Rohreispreise nur um 2 M erfolgt. Trotzdem hängt gerade diese Industrie mit dem Lohnabbau an, in der die Arbeitszeit noch immer am längsten ist.

Bei den Bewegungen im Ruhrgebiet haben wir auch wieder das Treiben der Kommunisten

deutlich beobachten können. Wie die Gefolgsmänner ansahen, deren sich die Kommunisten bei ihrem verwerflichen Spiel bedienen, zeigen die Vorgänge in Mansfeld, wo die kommunistischen Angehörigen der Kampfleitung die ersten waren, die in den Betrieb hineingingen, obgleich sie den anderen gerade hatten, den Streik fortzusetzen. (Plaf-Rufe.) — In Berlin hat die Kommunistische Partei alles möglich geleistet, um unsere Organisation zu erschüttern. Dieselben Männer, die in Karlsruhe Anklagen über Anklagen gegen die Verbandsleitung und gegen die Gewerkschaften erhoben haben, haben dann Handlungen begangen, die ihren Ausschluß zur Folge hatten. Sie haben diese Handlungen ganz offensichtlich zu dem Zweck begangen, aus dem Verband ausgeschloffen zu werden, um die Möglichkeit zu bekommen, ihre Branchen, in denen sie zum Teil noch Leiter waren, von der Organisation loszureissen und mit ihnen eine neue Organisation zu bilden. Dieser Versuch ist kläglich

misslungen, und ich kann nur diejenigen bedauern, die diesen Lockungen gefolgt sind. Das markanteste Beispiel für die Gemeinheit der Kommunistischen Partei in Berlin ist der Rohrlagerstreik und seine Durchführung bei dem Neubau unseres Verbandshauses. Dieser Streik wurde nicht gegen das Unternehmertum geführt, sondern gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Wir haben uns gegen diese Gemeinheit mit allen Mitteln gewehrt, und die Folge war, daß dieser Streik wie alle anderen, die von der Kommunistischen Partei



Der Festabend im Sportpalast

hervorgehoben werden, zusammengebrochen ist.

In einigen Anträgen zum Verbandstag wird die Wiederaufnahme der angeschlossenen kommunistischen Mitglieder verlangt. Ich habe die feste Überzeugung, daß der Verbandstag das ablehnen wird. Wer die eigene Organisation best. nutzt oder sich mit denen solidarisch erklärt, die sie beschmutzen, hat kein Recht, in der Organisation zu bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kommunistische Partei setzt ihr Zerstörungswerk fort. Sie hat im Westen für die Bergarbeiter und für die Metallarbeiter eigene Organisationen aufgezogen. Einer der großen Führer der Kommunistischen Partei, Trotzki, hat seine eigenen Anhänger in Deutschland vor einem solchen Vorgehen gegen die Gewerkschaften gewarnt; er hat ihnen ganz offen gesagt: An den deutschen Gewerkschaften werdet ihr euch den Schädel einrennen! Andererseits versuchen jetzt die Faschisten, im Metallarbeiter-Verband und anderen freien Gewerkschaften Zellen zu bilden. Unser Verband ist davon bisher im großen und ganzen unberührt geblieben. Dafür, daß er es auch in Zukunft bleibt, haben unsere Vertrauensleute und mit ihnen die gesamte Mitgliedschaft zu sorgen.

Die Einführung so raffinierter Arbeitsmethoden, wie das Bedaux-System, haben wir bisher erfolgreich abwehren können. Wir haben Anfang dieses Jahres in einer Denkschrift verlangt, daß den Schlichtern vom Reichsarbeitsministerium der Auftrag gegeben werden sollte, Zwangsschiedssprüche abzulehnen, sofern sie noch eine Arbeitszeit von 48 Stunden vorsehen. Wenn wir Tarife für etwa zwei Millionen Arbeiter abschließen, selbst für solche, die unorganisiert sind, so beweisen wir damit eine starke Klassen-solidarität. Wenn wir unsere Mitgliederzahl seit dem letzten Verbandstag von 881 000 auf 945 000 steigern konnten, so ist das ein Zeichen des Vertrauens der deutschen Metallarbeiter zu ihrer Organisation. Dies gibt uns die Gewißheit, daß wir durch eifrige Werbung auch die gewinnen können, die heute der Organisation noch fernstehen.

Unsere Hoffnung, zu diesem Verbandstag mit einer Million Mitglieder kommen zu können, hat sich leider nicht erfüllt. Ich bedauere auch, daß die Verschmelzung mit dem Verband der Kupferschmiede und mit dem der Maschinisten und Heizer noch nicht zustande gekommen ist. Mit den Kupferschmieden ist eine volle Verständigung erreicht, aber der Verbandstag der Kupferschmiede hat trotzdem den Beschluß gefaßt, daß die Vereinigung nur dann erfolgen solle, wenn sich in der Urabstimmung eine Zweidrittelmehrheit dafür ausspricht.

Mit den Maschinisten und Heizern ist die Verständigung noch nicht erzielt. Mit ihrer Forderung, unseren besoldeten Vorstand zu erweitern, konnten wir uns nicht einverstanden erklären. Wir haben deshalb den Vorschlag gemacht, die Gruppe der Maschinisten und Heizer in unserem Verband zusammenzufassen und an die Spitze dieser Gruppe das Vorstandsmitglied aus dem Verband der Maschinisten und Heizer treten zu lassen, das dann mit beratender und beschließender Stimme dem Vorstand der neuen Organisation angehört. Soweit ich unterrichtet bin, hat diese Stellungnahme den Vorstand der Maschinisten und Heizer nicht befriedigt. Auch über die übrigen Forderungen dieses Verbandes in der Frage der Übernahme von Angestellten ist eine Verständigung bisher nicht möglich gewesen.

Die Schaffung von Industrieverbänden ist eine Rationalisierung der Gewerkschaften. Diesem Zweck, stärker und mächtiger zu werden, dienen auch unsere Bildungsanstalten, an erster Stelle unsere Wirtschaftsschule in Dürrenberg. Unsere Aufgabe ist, den Willen im Proletariat zu wecken, daß ihm die Mittel des Staates dienstbar werden, um den sozialen Aufstieg fortzusetzen. Ich will schließen mit Worten, die wir am gestrigen Abend gehört haben:

Ihr, die Männer vom Metall,  
Bringt die alte Welt zum Fall,  
Schlag auf Schlag  
Hebt die neue Welt zum Tag.  
(stürmischer Beifall.)

## Bericht der Hauptkasse

Der Kassierer Ernst Schäfer ersucht, nichts untersucht zu lassen, um den ausgesteuerten Kollegen klarzumachen, daß es in ihrem eigenen Vorteil liegt, wenn sie die Beitragsleistung in der Vollkasse weiter vollziehen. Dann unterstützung betragen im Jahre 1927 rund 7 700 000 M. Sie stiegen im Jahre 1928 auf 14 250 000 M, im Jahre 1929 erreichten wir für diese beiden Unterstützungszweige 22 056 000 Mark. Bereits in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind wieder 17 Millionen an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zur Auszahlung gebracht. Ich rechne also noch mit ganz andern Zahlen für die nächste Zeit. Notwendig ist aber, daß nicht noch weitgehendere Anforderungen an die Hauptkasse gestellt werden und daß die Kassierer der Verwaltungsstellen ihr überflüssiges Geld sofort an die Hauptkasse einsenden. Wenn wir den reaktionären Plänen der Unternehmer ein Paroli bieten wollen, müssen wir auch dafür sorgen, daß stets flüssige Mittel vorhanden sind. Unsere Mittel sind derart, daß wir auch die schwerste aller Wirtschaftskrisen finanziell durchhalten werden.

Wenn vielfach gewünscht wird, daß ausgesteuerte und noch weiter erwerbslose Mitglieder noch Unterstützungen aus der Hauptkasse erhalten, so übersieht man, daß wir im Gegensatz zu anderen Verbänden auf die Dauer von 20 Wochen Erwerbslosenunterstützung zahlen. Dringend warnen möchte ich auch angesichts der Wirtschaftslage vor der Unterstützung zur Errichtung neuer Gewerkschaftshäuser.

Von den wirtschaftlichen Betrieben, an denen wir finanziell beteiligt sind, hat die Entwicklung der Arbeiterbank wohl die kühnsten Erwartungen übertroffen. Sie arbeitet bereits jährlich mit Milliarden. Auch die Entwicklung der Lindcar-Fahrradwerke kann uns im allgemeinen zufriedenstellen.

Der Redner schließt mit der Feststellung: Im Kern ist die Finanzkraft unserer Organisation trotz der riesenhaften Ausgaben, die wir machen mußten, unerschüttert, und wir können die Bürgschaft übernehmen, daß sie unerschüttert bleibt, unter der Voraussetzung, daß die Beschlüsse auch dieses Verbandstages der Hauptkasse keine neue Belastung bringen. (Beifall.)

## Festabend der Berliner Metallarbeiter

Bisher hat sich jede Ortsverwaltung, die den Verbandstag beherbergte, bemüht, für ihn eine Festlichkeit zu veranstalten. Bei dieser schönen Sitte, seinen Gästen eine Freude zu bereiten, spielte der Ehrgeiz eine gewisse Rolle. Jede Ortsverwaltung wollte es der andern gleich-tun, wenn sie überbieten. Auf dem letzten Verbandstag in Karlsruhe glaubte man, der Gipfel sei erreicht. Der Meinung waren wir wenigstens noch am letzten Sonntag auf dem Wege zum Sportpalast von Berlin. Als wir ihn aber verließen, konnten wir nicht umhin zu gestehen, daß dies ein Irrtum war. Denn was die Ortsverwaltung von Berlin an diesem Abend dem Verbandstag geboten hat, hatte nicht seinesgleichen. Es war eine Festlichkeit, wie sie von der Arbeiterschaft noch nie veranstaltet worden ist, auch nicht veranstaltet werden konnte, weil es außerhalb einer Millionenstadt plattberdingen unmöglich ist.

Um 19.30 Uhr sollte die Feier beginnen. Eine geschlagene Stunde vorher strömten schon dicke Menschenmassen zu beiden Seiten der Potsdamer Straße dem Sportpalast zu. Man hätte meinen mögen, ein solch unaufhörlicher Menschenstrom sei gar nicht in einem Saale unterzubringen. Allein, er fand vollständig Platz, freilich eben nur in einem Saale von dem Ausmaße des Sportpalastes von Berlin. Fünfzehntausend Menschen, die Bevölkerung einer ausgewachsenen Kleinstadt, kann hier untergebracht werden. Und wurde es in der Tat.

Die Weite des Raumes mit der unbändigen Menge macht einen seltsamen Eindruck, oder verursacht eine Stimmung, die zu umschreiben man sich vergeblich müht. Noch mehr als die deutschen Teilnehmer an der denkwürdigen Feier waren die ausländischen über das Aufgebot von Menschen erstaunt. Der englische Vertreter, der in seiner Heimatstadt London doch sicherlich an große Versammlungen gewöhnt ist, fragte, nachdem er ein Erstaunen ausgedrückt hatte, was alles für Leute da zusammen seien. Als ihm geantwortet wurde, es seien alles Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes, wollte er wissen, aus wieviel Orten. Als ihm erwidert wurde: Nur aus Berlin, schüttelte er wie ein ungläubiger Thomas den

Kopf, gestand nach einer Weile: Wir in England könnten so etwas nicht fertigbringen. Das glauben wir auch. Es ist in der Tat kaum eine gewerkschaftliche Ortsgruppe auf dem ganzen Erdenrund zu finden, die dermaßen viel Mitglieder zusammenzubringen vermag — von der Größe des Gedankens, die die Feier gebär, ganz zu schweigen.

Wie die Feier beschreiben? Wie ihre Einzelheiten darstellen? Das ist schwer, schier unmöglich. Außergewöhnliches läßt sich denen, die selbst nicht Zeuge davon waren, kaum verständlich machen, weil es an paßlichen Vergleichsmöglichkeiten mangelt. Versuchen wir es dennoch: Ringsum ein Meer von Gesichtern — 15 000 an der Zahl. Vor uns auf einem langsam aufsteigenden Podium Musikanten in schwarzen Kleidern, die umrahmt wurden von Sängern in weißen Hemden. Kurz nach 19.30 Uhr ein Trommler- und Pfeiferchor. Von zwei Seiten kam die Jugend mit roten Fahnen, die auf der oberen Galerie Platz nahm. Gleich danach kamen die Freien Turner mit roten Fahnen, die hinter dem Musik- und Sängerkorplatz nahmen und dem schwarz-weißen Bilde des Podiums einen breiten roten Rahmen gaben. Der Einzug der Jungen und der Turner mit ihren Fahnen war ein Auftakt von unvergleichlicher Stärke. Er nahm Herz wie Kopf gleichsam gefangen, wozu freilich die Musik erheblich beigetragen hat.

Es wechselten dann in rascher Folge Musik- und Gesangsstücke, einzeln und gemeinsam, ab. Dazwischen hinein hielt der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung, Max Urich, eine eindrucksvolle Ansprache, die dank des Lautsprechers bis in den letzten Winkel verstanden wurde. Wenn ein Eindrucksvolles noch etwas gefehlt hätte, die Sprechchöre hätten es gebracht. Als dann am Schluß die Internationale gespielt wurde, stand die 15 000köpfige Menge auf den Beinen und sang herbewegt mit. Begeisterter ist wohl kaum jemals das alte Stürmlied gesungen worden. Am Ende dieser Festlichkeit nur eine Meinung: eine unvergleichliche Feier, gleicherweise ehrend für die Veranstalter wie für die Mitwirkenden.



## Zweiter Verhandlungstag.

Der Kassierer Karl Schott berichtet im besonderen über den Bau des neuen Verbandshauses: Das Gelände für den Neubau unseres Verbandshauses ist von der Lindenhaus-AG, der Grundstücksverwaltung des Vorwärts, preiswert gekauft, zumal es Entwicklungsmöglichkeiten bietet durch einen Durchbruch und eine Verbreiterung der Straße, so daß unser neues Haus dann voll zur Geltung kommt. Bei der Aufstellung des Bauprogramms haben wir der zukünftigen Entwicklung des Verbandes weitestgehend Rechnung getragen. Wir haben einige Architekten von Ruf aufgefördert, Entwürfe einzureichen und haben uns für die Entwürfe der Architekten Erich Mendelsohn und R. W. Reichel entschieden. Es wurde eine Baukommission gewählt, der vom Vorstand Brandes, Schäfer und ich, vom Ausschuß Weißig und Siegel angehörten.

Der Bauhütte konnte der Bau nicht übertragen werden, weil sie bei gleicher Güte für den Eisenbetonbau um 40.000 M teurer war als das billigste Angebot. Die Bauhütte hat aber für fast 1/2 Millionen Mark Maurer- und Putzarbeiten bekommen. Unser Bau, der anfangs gute Fortschritte machte, wurde durch den Streik unterbrochen. Die Rädelsführer sind dann nicht mehr am Bau erschienen, und der

### Hauptstrategie bekam eine Einladung nach Rußland

für seine Heldentat. Außerdem wurden wegen der wichtigen Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband bestreikt worden war, Glückwunschtelegramme mit Rußland gewechselt. Glücklicherweise hat es die Witterungslage ermöglicht, den Bau gerade noch vor Eintritt der kalten Zeit unter Dach zu bekommen. Wäre das nicht möglich gewesen, dann hätte an einem Ausbau während des Winters nicht gedacht werden können. So war es noch möglich, einige hundert Arbeiter während des Winters zu beschäftigen. Selbstverständlich haben wir es jeder der zahlreichen an dem Bau beteiligten Firmen zur Pflicht gemacht, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Den Berliner Bau- und Sparvereine haben wir beauftragt, in schöner Lage Wohnungen für unsere Angestellten zu errichten. Daß diese modernen Wohnungen nicht so billig sein können wie die Altwohnungen in Stuttgart, ist verständlich.

Mit den Baukosten des Verbandshauses sind wir gut zu Rande gekommen. Auf Anordnung der Baupolizei und der Feuerpolizei mußten noch einige Änderungen vorgenommen werden; aber es war doch möglich, mit etwa 10 vH Ueberschreitung des Voranschlags den Bau fertigzustellen.

Wie Sie sich alle haben überzeugen können, haben wir die Räume geschmackvoll ausgestattet. Für diese Zwecke haben wir von unseren Verwaltungsstellen in dankenswerter Weise 110.000 M erhalten. Auch mit unseren technischen Betrieben ist Mustergültiges geschaffen worden.

Gegenüber einem Artikel „Korruptionssumpf im DMV-Vorstand“ in der Roten Fahne stelle ich fest: Die in unserer Druckerei tätigen Arbeiter beschäftigen wir, soweit die gesundheitlichen Voraussetzungen erfüllt sind, auch in Berlin weiter. Wir haben die Umzugskosten für sie übernommen und ihnen Wohnungen beschafft. Wenn einige Verbandsangestellte und Arbeiter der technischen Betriebe aus persönlichen Gründen auf die Weiterbeschäftigung verzichtet haben, konnten wir ihnen natürlich keine Rente oder eine größere Abfindung zukommen lassen. Ihren Lohn haben sie für einige Wochen noch bekommen.

Ich glaube, der Verbandstag wird anerkennen, daß es sich bei unserem neuen Heim nicht um einen Prunkbau handelt, sondern um einen Zweckbau, der allerdings in seiner sachlichen Schönheit und Größe den Charakter und die Bedeutung unseres Verbandes darstellt. (Lebhafte Zustimmung.)

Es erstattet nun der Ausschußvorsitzende Robert Weißig für den Ausschuß Bericht. Er vertritt aus Anlaß einiger Beschwerden den Standpunkt, daß Ausschlüsse aus dem Verband nur dann erfolgen dürfen, wenn wirklich verbandschädigende Handlungen nachgewiesen seien. Er wendet sich dagegen, daß, wie z. B. im Falle Schneider-Wittenberg, Ausschlüsse erfolgt sind, weil die betreffenden Mitglieder eine Erklärung nicht unterschrieben haben, daß sie entgegen den Anweisungen der KPD-Leitung gewillt seien, sich in jedem Falle an das Statut des Verbandes zu halten.

## Der Bericht der Schriftleitung.

Der Schriftleiter Fritz Kummer berichtet über die Tätigkeit der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung und der Jugend-Zeitung. Er beginnt mit dem Hinweis, daß die Mitglieder der Tätigkeit der beiden Schriftleiter jede Woche kontrollieren könnten. Aber der Verbandstag, der die Schriftleiter wähle, habe doch die Pflicht, zu sagen, ob die Zeitungen richtig geleitet seien. Die Metallarbeiter-Zeitung allein koste im Jahre 1929 nicht weniger als 1.180.000 M. Da der Löwentheil dieser Summe auf Papier und Versand entfällt, so muß geprüft werden, ob das Papier wirksam genutzt worden ist.

Die letzten vier Nummern der Zeitung haben schon ein ganz anderes Gesicht. Vor allem sind wir ganz zur lateinischen Schrift übergegangen. Nicht nur, weil dadurch eine Geldersparnis erzielt wird, sondern um dem ausländischen Leserkreis das Lesen der Zeitung leichter zu machen. Da der DMV die größte Gewerkschaft der Welt ist, so wird natürlich in anderen Ländern lebhaft gewünscht, das Blatt dieser Gewerkschaft zu lesen.

Auf die zum Zeitungswesen gestellten Anträge eingehend, sagt Kummer, alle Teile der Zeitung sollen nur der Förderung des gewerkschaftlichen Gedankens dienen. Diesem Zweck sind der Unterhaltungsteil wie der technische und die anderen Teile zugeschnitten. Damit dies möglichst wirksam geschehen kann, muß allerdings die Darstellung oder die sprachliche Form geändert werden. Für diese neue Art der gewerkschaftlichen Förderung fehlen indes noch geeignete Schriftsteller. Es sind daher in jedem Teil der Zeitung Aufsätze veröffentlicht worden, um Schriftstellern Muster für die neue Schreibart zu geben. Ein Blatt von einer Million Auflage ist ein vorzügliches erzieherisches und bildendes Mittel. Es hat seine Aufgabe auch auf die Heranbildung von Schriftstellern auszuweiten, die die neue, die wirksamere Art der Darstellung beherrschen.

In zwei Anträgen wird von einer herabsetzenden Schreibweise bezüglich Rußlands gesprochen. Die Umwälzung in Rußland bleibt zweifellos das größte Geschehnis der neueren Geschichte. Leider können wir ihm nicht gebührend gerecht werden, weil die sowjetrussischen Mächte ein unparteiisches Studium nicht zulassen. Daher die stracks entparteiisierten Berichte über das heutige Rußland. Wir mußten uns darauf beschränken, nur das zu bringen, was in russischen Zeitungen steht. Das werden die deutschen Arbeiter wohl noch erfahren dürfen. (Zustimmung.)

Alle anderen Anträge bis auf zwei Ausnahmen könnten sie getrost der Schriftleitung überweisen. Denn die darin ausgesprochenen Wünsche bleiben hinter denen der Schriftleitung noch zurück und werden erfüllt werden, sobald es irgendwie möglich ist.

Im Laufe des vorigen Jahres ist ein **Fachausschuss** der Gewerkschaftspresse gebildet worden. Er dient in erster Linie der Weiterbildung der Schriftleiter und der technischen und sachlichen Besserung der Zeitungen. Beides ist in dieser Zeit mit dem ständig wechselnden Erfordernis recht nützlich. Ein gewerkschaftlicher Schriftleiter soll heute

### ein wahrhaftiger Mammut an Wissen und Fähigkeit

sein, aber für seine Aus- und Weiterbildung wird herzlich wenig getan. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Fachausschuss schon Erhebliches geleistet, wie ein Vergleich der deutschen Gewerkschaftszeitungen offenbart.

Die Metallarbeiter-Zeitung hat in den letzten zwei Jahren wiederholt wichtige Tagesfragen angeschnitten zu dem Zwecke, die gesamte Mitgliedschaft zur Erörterung anzuregen. Das ist geschehen mit der Organisation der Arbeiterinnen, der Männerkleidung, der Fabrikarbeit der verheirateten Frau usw. Die Erwartung wurde weit übertraffen. Wochenlang haben sich weite Mitgliederkreise, besonders die Frauen, an den Aussprachen beteiligt. Aus diesen Aussprachen sind uns Mitarbeiter erwachsen. Um ihnen, denen die Federarbeit natürlich nicht leicht ist, an die Hand zu gehen, sind schriftstellerisch unterrichtende Aufsätze veröffentlicht worden, deren Ergebnis noch abgewartet werden muß.

Die Uebersiedlung nach Berlin ist für den Verband nicht ein bloßer Umzug, sondern der Beginn einer neuen Epoche. Hierauf muß die Zeitung vorbereiten, hat sie schon vorbereitet. Wenn der Verbandstag an unsrer Tätigkeit Kritik übt, wofür im voraus gedankt sei, dann sollte nicht vergessen werden, daß es für das größte Gewerkschaftsblatt kein Vorbild gibt. Es muß selbst das Vorbild schaffen, selbst Vorbild sein, muß besser, wirksamer als alle anderen sein. Darum sind Sie gebeten, bei Ihrer Kritik den allerhöchsten Maßstab anzulegen. Denn nur dieser entspricht der Zeitung oder ihrer Aufgabe. (Allseitiger Beifall.)

### Die Aussprache über die Tätigkeitsberichte.

Den Reigen der Redner eröffnet König-Halle: Die Lage, in der der Verbandstag tagt, ist gekennzeichnet durch den Generalangriff des Unternehmertums auf die Löhne der Arbeiter und auf die gesamte Sozialpolitik. Um Richtlinien für die Mobilisierung der Arbeiter zur Abwehr dieses Generalangriffs zu schaffen, wäre die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses notwendig. Vor wenigen Monaten haben die Spitzen der Organisationen mit den Unternehmern über die Ankurbelung der Wirtschaft verhandelt. Da müssen wir uns fragen: Welche Wirtschaft soll angekurbelt werden, die kapitalistische oder sozialistische? Durch Ankurbelung der kapitalistischen Wirtschaft würden wir nur das Unternehmertum in seiner Stellung stärken. Dieser Kongress wird seine Aufgabe nur dann erfüllen, wenn er die gesamten Metallarbeiter einzig auf dem Boden des Klassenkampfes formiert.

Schäfer-Leipzig wendet sich gegen das Schlichtungswesen. Für die schwachen Bezirke und die kleinen Gruppen und Branchen ist in den letzten zwei Jahren noch kein Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden, weil nach Meinung der Schlichter kein öffentliches Interesse vorlag. In der Großindustrie aber, wo wir stark sind, kommen die Unternehmer mit Anträgen zum Schlichtungsausschuß, und die Schlichter unterstützen ihre Wünsche. Uns bleibt also nur der Weg des Kampfes; wir dürfen nicht fortgesetzt in der Abwehr verharren. Sollen wir etwa warten, bis das Reichsarbeitsministerium die 60-Stunden-Woche auf Grund des Artikels 48 diktiert? Mehr Vertrauen zur Arbeiterschaft, dann wird auch die Arbeiterschaft mehr Vertrauen zur Führung haben! (Beifall.)

Jahrmart vom Verband der Kupferschmiede betont, daß bei den Kupferschmiedern der ehrliche Wille bestehe, sich zum 1. Januar 1931 mit dem DMV zu verschmelzen. Die Urabstimmung sei für die Zeit vom 4. bis 11. Oktober festgesetzt.

Hausen-Stuttgart: Man sagt, die jetzige Krise sei eine Krise des Kapitalismus. Dann darf man aber nicht den kapitalistischen Staat bejahen. Die Gewerkschaften müssen vielmehr außerparlamentarische Aktionen unternehmen. Das würde allerdings jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien unmöglich machen. Wir warnen vor der gefährlichen Illusion, als ob alles auf den Ausgang der kommenden Wahl ankomme! Wir haben schon einmal, im Mai 1928, bei einer Wahl gesiegt, aber die Folge war ein Sieg der Bourgeoisie nach dem andern, weil diese ihre außerparlamentarischen Mittel eingesetzt hat. Wenn wir nicht rechtzeitig kämpfen, werden die Kollegen draußen den Glauben an unsere Kraft verlieren.

Frieda Gladisch befürwortet einen Antrag auf Einberufung von Reichskonferenzen der Arbeiterinnen vor jedem Verbandstag. Sie spricht den Wunsch aus, daß bei den Wahlen zum nächsten Verbandstag die Arbeiterinnen besser berücksichtigt werden mögen. Im letzten Jahre haben wir endlich ein Buch über den Umfang der Frauenarbeit bekommen, und der Dezernat für Frauenfragen hat sich bemüht, den Wünschen der Arbeiterinnen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Notwendig ist aber auch, daß die männlichen Funktionäre des Verbandes sich um die Organisation der Frauen kümmern.

Wange-Berlin vertritt gegenüber einigen Anträgen, die die Wiederaufnahme der aus dem Verbandsangeschlossenen verlangen, den Standpunkt, daß das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse genügend Bestimmungen enthalten, den Ausgeschlossenen zu ermöglichen, einen Wiederaufnahmeantrag zu stellen. Der Redner geht dann auf die Spaltungsbestrebungen innerhalb der Berliner Zahlstelle ein. Diese Spaltungsversuche haben immer weniger Anklang bei der Kollegenschaft gefunden. Sie sind zurückzuführen auf Beschlüsse der Kommunistischen Internationale. Immerhin sind die mit den Spaltungsbestrebungen verbundenen Auseinandersetzungen in den Betriebsversammlungen geeignet, die Kampfkraft der Kollegen zu schwächen. Daher sollten wir diese Niederlagen-Strategien, diese

Ludendorff des gewerkschaftlichen Kampfes, die trotz vielfacher Warnung den von ihrer Partei vorgeschriebenen Weg gegangen sind, nicht ohne weiteres wieder in den Verband aufnehmen. Dagegen sollte man all die irreführenden Kollegen, die dem Lockruf der Kommunisten aus Unkenntnis der statutarischen Bestimmungen gefolgt sind, wieder aufnehmen.

Ulrich-Berlin wendet sich gegen die Stellungnahme von Weißig in der Ausschußfrage. Es war Pflicht des Vorstandes und der Ortsverwaltungen, die kommunistischen Funktionäre unserer Organisation zu fragen, ob sie gewillt seien, auch in Zukunft nach den Anweisungen der Kommunistischen Partei zu handeln — oder ob sie als organisierte Metallarbeiter die Beschlüsse unseres Verbandes anerkennen wollten. Wer es ablehnte, eine solche Erklärung abzugeben, mußte ausgeschlossen werden. Zur Frage der Arbeitszeit möchte ich darauf hinweisen, daß der Internationale Metallarbeiter-Kongress als nächstes Ziel der Gewerkschaften das Eintreten für die 44stündige Arbeitswoche aufgestellt hat. — Notwendig wäre die Einberufung einer Berufskonferenz der Metallschleifer und Galvaniseure.

Der Redner kritisiert weiter das Zusammengehen des Verbandes der Maschinisten und Heizer bei dem Kampf in der Schwerindustrie mit der christlichen Organisation und legt dar, daß die kommunistischen Bestrebungen auf Schaffung einer neuen Organisation der Rohrlager und Helfer in Berlin erfolglos geblieben seien. Der DMV hat heute mehr Rohrlager und Helfer sowie auch Former und Dreher organisiert als zur Zeit jener kommunistischen Spaltungsbestrebungen.

Bodnus-Berlin befürwortet einige Anträge der Berliner jugendlichen Kollegen. Eine Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen sollte anläßlich jedes Verbandstages einberufen werden. Die jugendlichen Kollegen bis zum Alter von 25 Jahren machen rund ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft aus.

Klebe vom Verband der Maschinisten und Heizer hebt gegenüber einer Bemerkung von Brandes hervor, daß der Vorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer den Entwurf des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes zur Verschmelzungsfrage nicht abgelehnt, sondern seinen Verbandsstellen zur weiteren Beratung unterbreitet habe. Gegenüber den Ausführungen Ulrichs betont der Redner, daß in der betreffenden Streitfrage vom Bundesvorstand zugunsten des Verbandes der Maschinisten und Heizer entschieden worden sei.

Röser-Halle schildert die erfolgreiche Abwehr der kommunistischen Bestrebungen im Bezirk Halle. Dabei habe sich als vorbeugende Maßnahme die Vorlage der von Weißig kritisierten Erklärung, ob die kommunistischen Funktionäre gewillt seien, entgegen den Anweisungen ihrer Partei das Statut des Verbandes zu beachten, als notwendig und wirksam erwiesen. Mitglieder der kommunistischen Ortsverwaltung in Halle, die sich bereit erklärt haben, die Gewerkschaftsbeschlüsse einzuhalten, sind von der KPD ausgeschlossen worden. (Hört! Hört!) Durch die Vorlegung der Erklärung haben wir erreicht, daß es in unserem Bezirk keine Ortsverwaltung mehr gibt, die den kommunistischen Parteibefehlen unterliegt. Er bittet, den Ausschluß Schneiders, der diese Erklärung nicht unterschrieben habe, um der gedeihlichen Gewerkschaftsarbeit willen zu beschließen.

Portune-Frankfurt a. M.: Es ist ein Zeichen des Fortschritts, wenn der diesmalige Verbandstag zum Ausdruck bringt, daß er sich für die Sozialdemokratische Partei entscheidet. Die Arbeitslosenfrage wird im kapitalistischen Staat nicht gelöst werden, sie wird erst mit der Kapitalistengesellschaft verschwinden. Der Redner stimmt dem Standpunkt Weißigs zu, daß im Interesse des Rechtsgefühls innerhalb der Organisation Ausschlüsse nur erfolgen dürfen, wenn verbandschädigende Handlungen nachgewiesen sind. Auch wenn eine politische Partei ihren Anhängern, die unsern Verbande angehören, bestimmte Verhaltensmaßregeln gibt, so muß im einzelnen Falle, bevor ein Ausschuß erfolgt, erst festgestellt werden, ob diese politischen Verhaltensmaßregeln von den Kollegen auch befolgt sind. Sonst kann man nur mit Warnungen vorgehen.

Ziegler-Breslau: Wenn auch die Million Mitglieder nicht erreicht ist, so ist es immerhin eine Leistung, daß wir bei der furchtbaren Krise unsere Mitgliederzahl auf 950.000 haben steigern können. Die Vereinigung der drei Metallarbeiterverbände wird hoffentlich bald erfolgen; der Vorstand sollte sie an Kleinigkeiten nicht scheitern lassen. Ausschlaggebend für die Verschmelzung muß die Stärkung unserer Kampfkraft sein. Wenn es in Nordwest nicht ganz gelungen ist, den Lohnraub abzuwenden, so liegt das an den schlechten Organisationsverhältnissen dort. In gut organisierten Gebieten wird den Unternehmern ein solcher Versuch nicht gelingen. Den Standpunkt des Kollegen Hausen, als ob der Ausgang der Reichstagswahlen nur nebensächlich sei, kann ich nicht verstehen. Gerade die von seiner Verwaltungsstelle gestellten Forderungen werden erst durchgesetzt werden können, wenn die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse am 14. September sozialdemokratisch wählt. Der Kampf, den wir jetzt für eine sozialere Zusammensetzung des Reichstags führen, ist auch ein Stück Klassenkampf. Wenn wir für den Sieg der Sozialdemokratie werben, schwächen wir die Reaktion und stärken die Gewerkschaften. (Lebhafte Zustimmung.)

Handke (vom Vorstand) vertritt gegenüber dem Ausschuß den Standpunkt des Vorstandes in bezug auf Anwendung des Ausschußparagrafen bei sogenannten nicht vollzogenen Handlungen. Die Entschließung 382 des Verbandstages von Karlsruhe verpflichtet den Vorstand, gegen jeden Versuch im Sinne der Aufforderungen der Kommunistischen Gewerkschafts-Internationale zur Desorganisation der Gewerkschaften und zum Disziplinbruch mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen. Daher war die Vorlegung der Erklärung notwendig, die übrigens nichts weiter enthält als das, was eine Entschließung des Verbandstages von 1924 zur Frage der Durchführung der Betriebsratswahlen besagt. Die Einzelheiten der betreffenden Beschwerdefälle werden ja noch in der Beschwerdekommision nachgeprüft werden, damit der Verbandstag die Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen fällen kann.

Der Einberufung von Arbeiterinnenkonferenzen steht der Vorstand zustimmend gegenüber. Wenn die Kollegin Gladisch aber meinte, der Vorstand sei mit Zittern und Zagen an die Veranstaltung des ersten Unterrichtskurses für Kolleginnen in Dürrenberg herangegangen, so muß ich feststellen, daß der Vorstand niemals zittert und zagt, sondern immer in der Lage ist, seine Auffassung in mannhafter Weise zu vertreten. (Heiterkeit.)

Rosa Hanselmann-Stuttgart: In dem Bericht des Vorstandes habe ich ein Eingehen auf die für unsern Verband so wichtigen Frauenfragen vermißt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist stärker gestiegen als die Zahl der Erwerbstätigen überhaupt. Von den 11 1/2 Millionen erwerbstätigen Frauen sind 10 vH in der Metallindustrie tätig. Es gibt Metallbetriebe, in denen die weiblichen Arbeiter 65 vH ausmachen. Die Unternehmer benutzen die Frauen als Lohndrucker. Dies Heraus-treten der Frau aus der Häuslichkeit in die Berufsarbeit erleichtert einerseits ihre Gewinnung für den Klassenkampf, weil sie aus eigener Praxis die Kämpfe der Arbeiterklasse kennenlernt und Mitkämpferin wird, aber ihre Ueberlastung durch Betriebsarbeit und Hausarbeit zugleich erschwert wieder ihre Heranziehung zur Organisation. Falsch ist der Standpunkt der Kollegen, die glauben, mit einem Verbot der Frauenarbeit den Erwerbslosen Platz schaffen zu können. Die Zeit ist vorüber, wo die Frau nur Hausfrau war. Trotzdem gibt es noch heute Käuze genug, die die Frau auf die Häuslichkeit und die Familie verweisen. Wir sollten alles tun, um die Frauen für den Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewinnen. Unsere alte Forderung:

### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

müssen wir bei jeder Tarifregelung in den Vordergrund stellen. Ferner fordern wir ausreichend bezahlte Pausen und Verbot der Ueberzeit und Nachtarbeit. Um die Frauen für die Organisation zu gewinnen, sind Vorträge mit Lichtbildern, insbesondere über Sexualprobleme und Schwangerschaftsverhütungen, besonders geeignet. Die Funktionärinnen, besonders der Frauenabteilung in Stuttgart, haben im letzten Jahre 516 Kolleginnen neu für den Verband gewonnen. Dringend notwendig wäre die Schaffung einer zentralen Frauenabteilung. Wenn wir die Frauen organisiert haben, so müssen wir sie zu tüchtigen Funktionärinnen für den Sozialismus erziehen. (Beifall.)

Albrecht-Stuttgart tritt für die Abhaltung von Konferenzen der jugendlichen vor den Verbandstagen ein. Er wendet sich gegen die Mitgliedschaft der Gewerkschaften zusammen mit reaktionären Organisationen im Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände. In den einzelnen Verwaltungsstellen sollten Jugendabteilungen gegründet werden und den jugendlichen Mitgliedern überhaupt größere Rechte innerhalb der Gewerkschaften gewährt werden. Die Jugendarbeit dürfe von älteren Kollegen nicht vom Standpunkt der Bevormundung aus betrachtet werden.



Schulenburg-Karlsruhe: Der Kollege Hausen meinte, der Verbandstag sei nicht der Ausdruck des Willens der Metallarbeiter im Lande. Er hat wohl an Stuttgart gedacht, wo von 17.000 Mitgliedern knapp 800 zur Wahl gegangen sind, von denen Kollege Hausen 450 Stimmen erhalten hat. Da kann man allerdings sagen, daß diese Wahl nicht dem Willen der Mitglieder der Verwaltungsstelle Stuttgart entspricht. (Heiterkeit.) — Kollege Schäfer hat wie gewöhnlich das Schlichtungswesen in Bausch und Bogen verurteilt. Nach unserm Jahrbuch ist aber festzustellen, daß 1929 von Arbeiterseite in 252 Fällen die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen beantragt wurde, von Arbeitgeberseite dagegen nur in 118 Fällen. Ein Reichsbetriebsrätekongreß wäre gewiß wünschenswert, aber es ist zu befürchten, daß er in der heutigen Zeit des Bruderkriegs in gegenseitigen Zankereien untergeht.

Der Kollege König meinte, es wäre nicht unsere Aufgabe, die kapitalistische Wirtschaft anzukurbeln. Wollten wir aber warten, bis sozialistische Wirtschaftsordnung an die Stelle der kapitalistischen getreten ist, so wären wir eine ganze Zeit zum Nichtstun verurteilt. — und dann würde die Arbeiterschaft das Vertrauen zu ihren Organisationen verlieren. Gewiß wird es auch bei einer Ankurbelung der Wirtschaft nicht möglich sein, so bald wieder alle Arbeitslosen unterzubringen. Vor allem muß auch

alles für die Verkürzung der Arbeitszeit

getan werden, zunächst natürlich für die Durchführung des Achtstundentages dort, wo er noch nicht besteht. Die Hauptsache ist, daß wir bei den Massen auf die Tatsache verweisen, daß die Gewerkschaften das einzige Bollwerk gegen die Unternehmern sind. In diesem Sinne zu arbeiten ist Pflicht jedes organisierten Arbeiters, ganz gleich, wo er politisch steht. (Zustimmung.)

Hellwig-Berlin tritt für die Abhaltung von Konferenzen zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen ein. Wünschenswert wäre es auch, daß der Vorstand sich mit der Errichtung von Ferienheimen für unsere Mitglieder beschäftigt. Der gesetzliche Jugendschutz muß ausgebaut werden, insbesondere gegenüber der Ueberzeitarbeit der Lehrlinge. Die Innungsschiedsgerichtsbarkeit, die eine große Verzögerung in der Erledi-

gung der Streitsachen aus dem Lehrverhältnis herbeiführt, ist in der heutigen Zeit überholt; all diese Streitsachen müssen sofort vor dem Arbeitsgericht ausgetragen werden können.

Schliestedt (vom Vorstand) legt dar, daß der Verband den Jugendfragen schon bisher große Aufmerksamkeit zugewandt hat. Wir haben die Zahl der jugendlichen Mitglieder auf über 74.000 steigern können. Allerdings haben wir noch nicht im ganzen Verband eine Jugendbewegung, aber die Zahl der Jugendabteilungen wächst. Es sind in den Ortsverwaltungen, Bezirken usw. im letzten Jahre über 9500 Veranstaltungen getroffen worden, an denen über eine Viertelmillion jugendlicher teilgenommen haben. Der Reichsausschuß der Jugendverbände vertritt durchaus die Forderungen der Gewerkschaften. Als wir für die jugendlichen im ersten Arbeitsjahr nach der Schulentlassung drei Wochen Ferien gefordert haben, haben sich alle Jugendverbände in Deutschland hinter diese Forderung gestellt.

Gegenüber dem Kollegen Albrecht verweise ich darauf, daß im DMV alle Mitglieder, also auch die jugendlichen, gleichberechtigt sind. Was die Gestaltung des Berufsausbildungsgesetzes anlangt, so wird auch dafür die Zusammensetzung des neuen Reichstags maßgebend sein. Ferienheime zu errichten ist der Verband finanziell nicht in der Lage. Wir tun in dieser Hinsicht das Nötige durch die Mitgliedschaft im Verband der Deutschen Jugendherbergen.

Zu den Wünschen auf Abhaltung von Jugendleiter-Konferenzen verweise ich darauf, daß häufig solche Konferenzen in Bezirken stattfinden und daß wir im letzten Jahre unsere Jugendleiter, soweit Platz war, in Dürrenberg drei Wochen zusammengebracht und mit ihnen alle Fragen der praktischen Jugendarbeit durchgearbeitet haben. Im letzten Jahre haben wir versucht, auch die fachliche Arbeit an den jugendlichen zu fördern. Manche Leute sind der Meinung, daß dadurch das Klassenbewußtsein nicht gestärkt werde. Ich bin der Auffassung: Klassenbewußte Arbeiter, auch Jugendliche, brauchen wir dringend, aber wenn zum Klassenbewußtsein noch Klugheit und Kenntnisse im Beruf hinzukommen, dann haben wir die Menschen, die wir im Dienste der Arbeiterbewegung brauchen. (Lebhafte Zustimmung.)

(Die Aussprache dauert fort.)

## Entschließung zum Vorstandsbericht.

Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage beweist erneut den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Der wachsende Wettbewerb zur Eroberung neuer Absatzmärkte mit dem Ziel: Erhöhung der Profitrate hat zur enormen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel geführt. Für diese Gütererzeugung konnte sich ein gleich großer Wiederverbrauch nicht entwickeln. Die Massenkaufkraft ist nicht gesteigert, sondern noch gesenkt worden.

Das Ergebnis des technischen Fortschritts und der mit stärksten Mitteln betriebenen Rationalisierung hat nicht zum wirtschaftlichen Aufstieg, sondern zum sozialen und wirtschaftlichen Niedergang geführt. Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen und geistige Not breiter Schichten des Volkes sind die Folgen.

Der Verbandstag bestätigt erneut, daß der technische Fortschritt für den kulturellen Aufstieg des gesamten Volkes notwendig ist. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung erweist sich jedoch immer unfähiger, Herstellung und Verteilung der Güter in einer dem Wohle der Gesamtheit dienenden Weise zu regeln. In ihr werden die technischen Fortschritte nicht zu einem Mittel des Wohlstandes, sondern des Notstandes der Massen.

Nur die sozialistische Wirtschaft kann eine Aenderung herbeiführen. Bis zur Erreichung dieses Ziels ist Herabsetzung der Arbeitszeit entsprechend dem jeweiligen Produktionsstand unbedingt notwendig.

Steigerung der Kaufkraft muß erreicht werden. Der Verbandstag stellt fest, daß die Schlichtungsorgane diesen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in keiner Weise Rechnung getragen haben. Im Gegenteil, das Unternehmertum ist in seinem von sozialer und wirtschaftlicher Unvernunft getragenen Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und in seine brutalen Lohnabbaumaßnahmen unterstützt worden. Der Verbandstag verurteilt diese einseitige Haltung auf das schärfste.

Der Verbandsvorstand hat die Aufgabe, diese Unvernunft zu brechen. Den Opfern einer überlebten Wirtschaftsweise, den Arbeitslosen, muß in ausreichendem Maße geholfen, der soziale Abbau muß rückgängig gemacht, die sozialen Errungenschaften müssen gesichert und ausgebaut werden.

Der Verbandstag stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des ADGB und des Internationalen Gewerkschaftskongresses.

Zur Erreichung der Forderungen ist höchste Solidarität und Disziplin der Metallarbeiter dringendes Erfordernis. Wer gegen diese selbstverständliche proletarische Pflicht verstößt, vergeht sich in schlimmster Weise an den Interessen des arbeitenden Volkes.

Angesichts des ungeheuren Ernstes dieser Zeit, in der der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer wird, ruft der Verbandstag die Metallarbeiter auf zur höchsten Geschlossenheit und Kampfbereitschaft.

# Empor!

Vom Vorsitzenden Georg Reichel

Nach beinahe vierzigjähriger Wirksamkeit ist die Hauptverwaltung des DMV von Süddeutschlands schönster Großstadt Stuttgart nach Berlin verlegt. Ich gehörte nicht zu jenen, die die Uebersiedlung mit besonderem Eifer betrieben haben. Mein Herz hing an Stuttgart, der von lieblichen Bergrücken eingeschlossenen Stadt, die edle Weinstöcke tragen und in schattigen Wäldern den mühseligen Erholung, den geistig Schaffenden Erquickung und Erbauung bietet. Natur belebt Körper und Geist. Und selten ist eine solche Falle landwirtschaftlicher Schönheit mit großstädtischem Leben vereint, wie in Schwabens anmutiger, aber städtebaulich vortrefflicher Hauptstadt. Ich kenne keinen Funktionär des Verbandes, der nicht immer wieder gern zu erster Arbeit nach Stuttgart gekommen wäre und es als einen Verlust empfindet, daß Stuttgart nicht mehr der Ort zukünftiger Verbandssitzungen sein wird. Ein persönlicher Verlust nach der Seite der ideellen Werte: für den Verband aber ein Gewinn.

Stuttgart hat gewiß von allen süddeutschen Großstädten im letzten Jahrzehnt eine rasche und großzügige Entwicklung vollzogen. Aber weder diese Entwicklung noch die Anmut der Stadt reichte aus, um für das Verbleiben des Verbandssitzes in Stuttgart einzutreten. Die Liebe zur zweiten Heimat mußte verständnisvoller Ueberlegung weichen. Die gegenwärtige Entwicklung der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des öffentlichen Lebens drängt die Gewerkschaften zur stärkeren Zusammenfassung und Steigerung ihrer Kräfte. Das ist für sie zugleich die beste Stütze für ihre Selbstbehauptung in der Wirtschaft. Kein Zweifel, daß die Gewerkschaften in ihren Leistungen der öffentlichen Verwaltung weit voraus sind. Und dennoch zeigt die einfache Ueberlegung, daß auch sie noch viel nachzuholen haben. Wir treten ein für eine planmäßige und vernünftige Rationalisierung der Wirtschaft, sind aber selbst noch recht weit von verlustfreier Verwaltung entfernt. Ich verweise nur auf das vielfach noch stattfindende Neben- und Gegenanderarbeiten der Verbände. Auch hier hoffen wir durch die Sitzverlegung zu gewinnen.

Die neuere Entwicklung hat Berlin noch viel stärker als bisher zum Brennpunkt der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens gemacht. Deutlich erkennt man schon jetzt, daß die weitere Entwicklung Berlin in den Mittelpunkt der europäischen Politik und Wirtschaft stellen wird. Wenn einmal Ost-

Entwicklungsmöglichkeiten in den Stromkreis westeuropäischer Kultur und wirtschaftlichen Lebens einbezogen sein wird, dann ist Berlin der Hauptpunkt für Handel und Verkehr vom Westen nach dem Osten; die große Durchgangsstraße Europas. Es ist gut, daß sich der Verband auf diese Entwicklungsmöglichkeit eingestellt hat und sich damit einrichtet auf die kommenden Dinge. Der Verband rückt damit stärker in den Vordergrund des öffentlichen Lebens. Aus eigenem Bedürfnis und angespornt durch äußere Umstände muß der Verband zu einer erhöhten Tätigkeit kommen. Auch für ihn gilt das allgemeine Gesetz der Entwicklung, demzufolge die niederen und schwachen Lebensformen den stärkeren und leistungsfähigeren weichen müssen. Will er führend bleiben, so muß er sich den veränderten Verhältnissen anpassen. In Stuttgart bestand bei längerem Verbleiben des Verbandssitzes doch die Gefahr der geistigen Verengung seines großen Verwaltungskörpers. Auf keinen Fall standen ihm die reichen Materialquellen zur Verfügung, die Berlin bietet.

Vor 39 Jahren, am 1. August begann der Verband mit dem Uebertritt von 17.250 Mitgliedern aus den Fachvereinen seine praktische Tätigkeit. Ein bescheidenes Zimmer in der Wohnung eines Verbandsmitgliedes diente ihm als Büro. Die deutsche Metallindustrie beschäftigte damals schon 892.000 Arbeiter. Davon waren 1,9 vH zu Beginn der Verbandstätigkeit organisiert. Ich will hier nicht von dem unvergleichlichen Opfer und Bekenntnis berichten, der in der Jugendzeit des Verbandes für jedes einzelne Mitglied erforderlich war. Ich will am heutigen Jahrestag zur Absteckung der Größe des geschaffenen Werkes nur hervorheben, daß 1893 dem Verband die Mittel fehlten, um etwa 100 streikende Former in Nürnberg unterstützen zu können. Das Geld dafür mußte geborgt werden. Dabei sagte man dem Kassierer Theodor Werner von dem zuerst um ein Darlehen von 1000 M Angegangenen: „Ihr seid uns nicht sicher genug, euer Verband muß ja doch über kurz oder lang wieder zugrunde gehen.“

Man hielt den Industrieverband nicht für lebens- und entwicklungsfähig. Auch in den eigenen Reihen gab es manchen Zweifler. Und in den Versammlungen wurde man die Organisationsform gestritten wie selten in einer Zeit. Der Verband ist nicht zugrunde gegangen, die durch ihn verkörperte Idee der überbetrieblichen Zusammenfassung der Arbeiter in einer Industrie im einheitlichen Verband hat auf der ganzen Linie gesiegt. Heute am 31. Juli 1930 zählt der Verband 950.000 Mit-

glieder. Wäre die Wirtschaftskrise nicht mit so großer Wucht hereingebrochen, der Verband zählte heute sicher eine Million Mitglieder. Er kann mit Leichtigkeit die großen finanziellen Anforderungen erfüllen, die sozial- und lohnpolitisch an ihn herantreten. Im Gefühl der Sicherheit, die planmäßiger, gesunder Aufbau und schlichte Größe gewährt, konnte er auch den schönen Verwaltungsbau errichten, der jetzt in Betrieb genommen worden ist und ihm als gutes Werkzeug dienen soll. Der Verband hat das Organisationsproblem für die deutschen Metallarbeiter grundsätzlich gelöst. Was jetzt noch zu tun ist, das sind Ausbauarbeiten am wohlgefestigten Werk.

Als ein Werk von geschichtlicher Größe steht der Verband vor uns, innerlich fest gefügt und mit gutem Geiste erfüllt. Empor zu höheren Formen und gesteigerten Leistungen war das Leitmotiv von Stuttgart bis Berlin. Von hier aus geht der Weg weiter hinauf. Des Ringens und Strebens um die Verwirklichung der höchsten Menschheitsziele ist kein Ende. Die vollkommene und restlose Vereinigung aller Metallarbeiter und Arbeiterinnen in einer Organisation und deren nachhaltige Vertretung auf dem vielgestaltigen Boden der Lohn-, Sozial- und Wirtschaftspolitik ist unsere nächste Aufgabe. Und trotz der zurzeit trüben politischen und wirtschaftlichen Witterung leuchtet das Grundziel unseres Strebens in der Ferne. Der Kapitalismus, nicht mehr fähig, die von ihm entfesselten Produktivkräfte zu meistern, muß der höheren Form der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Arbeit weichen. So will es das Gesetz der Entwicklung, so verlangen es gebieterisch die Lebensnotwendigkeiten der Millionen schaffender Menschen. Dieses hohe Ziel wird um so leichter erreicht, je mehr die Treue zum Verband und echte Solidarität Leitstern für das Handeln aller Mitglieder ist. Treue schützt das Werk und führt es der Vollendung entgegen. In diesem Sinne meinen Gruß an die Mitglieder aus dem neuen Heim.

Seid einigim Ziel, stark im Willen und treu der Sache, der zu dienen ihr verpflichtet seid.

## Einigung in der Waggonindustrie

In der Vorkriegszeit bestand in der Waggonindustrie bereits eine starke Uebersetzung. Die großen Aufträge, die die Reichsbahn vor dem Kriege zu vergeben hatte, sicherten jedoch den einzelnen Werken eine ziemlich gleichbleibende Beschäftigung. Hinzu kamen noch große Lieferungen an das Ausland. Nach dem Kriege hat sich das Bild sehr wesentlich geändert. Der Reichsbahn war es nicht mehr möglich, alljährlich so große Aufträge zu vergeben, die zu einer ständigen Beschäftigung der vielen Waggonfabriken in allen Teilen des Reichs ausreichten hätten. Hinzu trat der Umstand, daß einzelne Werke, wie beispielsweise Krupp, sich auf den Bau von Lokomotiven und Waggonen umgestellt hatten. Nunmehr begann jene große Zusammenschneidung der Lokomotivindustrie einerseits und der Waggonindustrie andererseits. Vergeblich kämpften einige Werke um ihr Leben. Schließlich mußten aber doch eine Reihe Betriebe im Eisenbahnfahrzeugbau für immer aufhören. In der Lokomotivindustrie blieb ein halbes Dutzend Werke, die aber auch kaum ausreichende Beschäftigung fanden.

In der Waggonindustrie mußte noch in erheblichem Maße aufgeräumt werden. Schließlich blieben zwei große Gruppen, die man kurz mit Ostwaggon und Westwaggon bezeichnete. Die eine Gruppe sammelte sich um die Firma Linke-Hofmann-Busch, die im Osten Deutschlands fast alle Werke, mit Ausnahme der Görlitzer Waggonfabrik, der Firma Orenstein & Koppel, an sich zog. Die Gruppe Linke-Hofmann-Busch besaß aber auch im Westen einige Werke oder Aktienbeteiligungen. So ist durch Vermittlung der Großbanken die Firma Gebr. Schöndorff in den Bereich dieses Konzerns gelangt. Zwischen Ostwaggon und Westwaggon ist nun des öfteren um eine Abgrenzung des Tätigkeitsgebiets verhandelt worden. Jetzt ist die Einigung in folgender Weise zustande gekommen: Die Gruppe Ostwaggon tritt das im Besitze der Gebr. Schöndorff AG in Düsseldorf befindliche Werk Fuchs-Heidelberg an Westwaggon ab. Ferner wird die gleiche Gruppe ihr Werk Herbrand, Köln-Ehrenfeld, stilllegen. Die Gruppe Westwaggon, auf der anderen Seite hat eingewilligt, daß die Waggonfabrik Weyer & Co. in Düsseldorf endgültig stillgelegt wird. Die Anteile an den Reichsbahnaufträgen von Herbrand werden auf die Köln-Deutzer Anlagen von Westwaggon übergehen und die Aufträge der Waggonfabrik Weyer werden von der Gebr. Schöndorff AG in Düsseldorf übernommen. Somit verbleiben die Aufträge in der gleichen Stadt; es findet nur eine Rationalisierung und Zusammenlegung auf einen Betrieb statt.

Mit dieser Uebereinkunft wird nun für längere Zeit Ruhe in der Zusammenschlußbewegung eingetreten sein. Die Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken werden künftig noch über drei Produktionsstätten verfügen: Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg, Waggonfabrik Gebrüder Gastell in Mainz und die Werke in Köln-Deutz. Die Gebr. Schöndorff AG wird nach außen hin als selbstständiges Unternehmen innerhalb des Konzerns Linke-Hofmann-Busch bestehen bleiben. Das gleiche ist der Fall bei der Hannoverschen Waggonfabrik, die zu der gleichen Gruppe gehört. Selbständig bleiben nach wie vor die Waggonfabrik in Uerdingen am Rhein und die Waggonfabrik Talbot in Aachen.

Da die Zusammenschlußbewegung in der Waggonindustrie zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, will man in dem heute bestehenden Produktionsrahmen zu einer gründlichen Durchrationalisierung übergehen. Wahrscheinlich wird ein Austausch oder die Uebertragung einzelner Produktionszweige oder die Herstellung von Einzelteilen erfolgen. Die Waggonindustrie ist zurzeit im großen ganzen befriedigend beschäftigt. Wie gemeldet wird, sind bedeutende Aufträge aus Frankreich zu erwarten. Dort hat man einen Fünfjahresplan aufgestellt, der die Auftragserteilung an Lokomotiven, Personen- und Güterwagen in den Jahren 1930 bis 1934 umfaßt. Es sollen im Durchschnitt der nächsten Jahre Aufträge von rund 100 Millionen Franken erteilt werden. Neben der ausreichenden Berücksichtigung der französischen Industrie soll auch die ausländische Waggonindustrie herangezogen werden. Da Deutschland seit Jahren über das Reparationskonto rollendes Material nach Frankreich liefert, wird die deutsche Industrie voraussichtlich ebenfalls Aufträge bekommen.

Daß es sich da um große Aufträge handelt, ist aus folgendem ersichtlich: das Beschaffungsprogramm der französischen Bahn umfaßt 1800 Lokomotiven, 2250 Personenwagen, 1450 Spezialwagen und 54.000 Güterwagen. Da auch durch das neueste Beschaffungsprogramm der Reichsbahn mit verstärkten Aufträgen zu rechnen ist, so darf man wohl annehmen, daß die Waggonindustrie in den nächsten Jahren gut beschäftigt sein wird. Die Einigung zwischen den großen Gruppen wird der weitergehenden Rationalisierung freier Bahn schaffen.



# Zur Übersiedlung nach Berlin

Von Alexander Schlicke

Der erste Vorsitzende unseres Verbandes, der Kollege Schlicke, der mit am Taufstein des gewerkschaftlichen Riesenkindes stand und es von seinem ersten Lebenstagen an geleitet hat, gibt im folgenden einiges aus seiner reichen Erfahrung wieder.

Stuttgart war seinerzeit als Sitz des Verbandes bestimmt worden, weil den Metallarbeitern unter dem Sozialistengesetz zwei Zentralverbände aufgelöst worden waren, weil sie sich unter dem Ausnahmegesetz nicht noch einmal dem gleichen Schicksal aussetzen wollten und sie nach dem Fall dieses Gesetzes der neuen deutschen Freiheit nicht trauten. Man hatte seine Erfahrungen gemacht mit den bundesstaatlichen Vereinigungen und zog es vor, nach einem Lande zu gehen, wo das Vereins- und Versammlungsrecht nicht durch Gesetze eingeschränkt, sondern verfassungsrechtlich gewährleistet war. Wenn nach Erlaß des Reichsvereinsgesetzes dieser Grund für die Belassung des Sitzes in Stuttgart nicht mehr vorlag, so war andererseits auch kein triftiger Grund zum Verlassen Stuttgarts gegeben. Am allerwenigsten konnte vor dem Krieg Berlin in Frage kommen. Berlin war zwar der Sitz der Reichsbehörden, der Sitz der Zentralorgane der Unternehmerverbände und auch der Sitz vieler Gewerkschaften, aber weder mit den Unternehmerverbänden noch mit den Behörden waren Verhandlungen möglich oder, wenn je, so gut wie zwecklos. Hinzu kam noch die von vielen Verbandsmitgliedern befürchtete Gefahr, daß die immer kampflustige Berliner Mitgliedschaft, die nicht nur die eigenen, sondern auch den Löwenanteil der allgemeinen Verbandseinnahmen aufgezehrt hatte, die Lohnbewegungen in der Provinz ganz lähmen würde, wenn der Hauptvorstand ihr ausgeliefert würde. Ob diese Gefahr wirklich so groß war, mag dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle war eine Stimmung gegen Berlin vorhanden.

Nach dem Kriege fielen die ersterwähnten Gründe gegen die Sitzverlegung weg. Behörden wie Arbeitgebervereinigungen waren zu Verhandlungen bereit. Die Vertretung in den gesetzgebenden, in wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften war erwünscht. Rasche Entscheidungen des Vorstandes wurden notwendig. Darum entschied sich die letzte Generalversammlung in Karlsruhe, im Gegensatz zu früher auf Betreiben des Vorstandes, für Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin.

Manches Verbandsmitglied mag noch Zweifel an der Durchführung gehabt haben. Ihre Zweifel sind behoben. Am 31. Juli, pünktlich um 15 Uhr, rollte der letzte Wagen Paul von Maurs mit dem „Allerheiligsten“, den Kassenschranken, vom Hof der „Röteburg“ dem Stuttgarter Güterbahnhof zu, nachdem schon vorher nahezu den ganzen Monat hindurch werktäglich zwei bis vier Möbelwagen von sechs bis acht Meter Länge mit gutem Beispiel vorgegangen waren. Wochentags waren acht Schreiner mit dem Herrichten der nicht mehr ganz modernen Möbel beschäftigt. Die Gesimse, Ausladungen und sonstige Zierate mußten verschwinden und durch die moderne Sachlichkeit ersetzt werden.

Unwillkürlich denkt man beim Durchschreiten der verlassenen Räume der „Röteburg“ an die Kindheit des Verbandes und an seine Kinderstube zurück. Wie seine sesshaften und mehr noch seine zugereisten Mitglieder, war auch der Verband als Proletariat nach Stuttgart gekommen. In einem bescheidenen Zimmer im Ausmaß von 3,5 zu 4,3 Meter hatte er als Untermieter Wohnung genommen. Der Dalles wollte die ersten Jahre nicht von seiner Schwelle weichen. Glücklicherweise konnte er sich dank der Organisationsstreue seiner Mitglieder emporenarbeiten und, wenn auch nicht als Nabob (gemessen an der Mitgliederzahl), so doch immerhin in gesicherter Stellung ohne Sorge um seine Existenz Stuttgart verlassen.

Einfach und schmucklos stellte sich das erste Büro, die Kinderstube des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dar. Einfach und schmucklos war die Außenfassade des Hauses Kurze Straße Nr. 3, ebenso einfach die innere Ausstattung des einzigen als Büro dienenden Zimmers. Ein Kleinhändler stellte im Eiltempo drei Stehpulte, einen langen Tisch, der zugleich Sitzungs-, Arbeits- und Paktisch war, ein Regal und einen Schrank her. Diese Möbel bildeten mit drei Petroleumhängelampen, drei Schraubschmeln für die Stehpulte und sechs Holzstühlen für die Vorstandssitzungen die ganze Ausstattung. Die Möbel waren aus Tannenholz und braun gebeizt; nur die fertig gekauften Stühle und Schreischmel hatten einen Lacküberzug. Als „Allerheiligstes“ diente nicht etwa ein feuerfester Geldschrank oder eine diebstahlsichere Kasse, sondern eine — Zigarrenkiste, die der Hauptkassierer aus seiner sächsischen Heimat mitgebracht hatte. Im Grunde genommen genügte dieser „Tresor“ den gestellten Ansprüchen auch vollkommen, da er fast nur unbezahlte Rechnungen beherbergte, die an sich zu nehmen auch der gewiegteste Geldschrankknacker kaum Lust verspürt haben dürfte. Der Hauptkassierer wie der Vorstand hatten damals kaum geringere Sorgen wie später der Reichsfinanzminister Hilferding, Moldenhauer und Dietrich. Wie diese hatte der Kassierer schwere Ultimostunden, und wenn nicht der damals ledige Verbandsekretär sein Gehalt in der „Kasse“ hätte stehen lassen, hätten zuweilen die fälligen Gehälter nicht gezahlt werden können.

Auch mit kurzfristigen und langfristigen Anleihen mußte sich der Finanzier des DMV schon herumschlagen. Kurzfristige Kredite gewährte die Firma Woerlein u. Cie in Nürnberg, die die Besitzrechte der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ an den Verband abgetreten, dafür aber deren Herstellung behalten hatte. Selbstverständlich hatte sie fortlaufende Ausgaben für Papier, Druckfarbe und Löhne und brauchte dazu Geld und immer wieder Geld. Der Hauptkassierer aber war zäh, mußte es sein, weil vor der Schein mehr gibt, als er hat. Das führte zu recht unheimlichen brieflichen Auseinandersetzungen und einmal zu einer ergötzlichen Szene. Der Hauptkassierer war in Kampfesstimmung. Er wetterte gegen die auf Bezahlung rückständiger Rechnungen bestehende Firma Woerlein u. Cie. Kaum hatte er sich einigermaßen be-

ruhigt, da öffnete sich die Tür und herein trat der Mitinhaber der aufwässigen Firma, Karl Grillenberger, kurz Grillo genannt. Ein niedliches Duell, getragen von bayerischer „Liebenswürdigkeit“ und echt sächsischer „Gemüchlichkeit“, entwickelte sich. Es endete mit einem Vergleich, Grillo erhielt zwar kein Geld, dafür aber ein Akzept, laufend auf ein Vierteljahr, mit dem er in Nürnberg Geld locker machen konnte. Viel angenehmer war der Verkehr mit dem anderen (unfreiwilligen) Bankier des Verbandes, dem Onkel „Grog“, wie Heinrich Dietz, der Inhaber der Firma J. H. W. Dietz, genannt wurde. Er gab langfristige Kredite, indem er Mitgliedsbücher, Aufnahmescheine, kurzum alle für die Verbandsarbeit notwendigen Vordrucke auf Pump herstellte und sich auch mit den Mahnungen größte Zurückhaltung auferlegte.

So verstrichen die ersten Jahre des Verbandes unter steten Sorgen nicht nur finanzieller Art, sondern auch unter Anfeindungen andersdenkender Kollegen. Es tobte immer noch der Meinungsstreit über die beste Form der Organisation: die Zentralverband, die örtlicher Fächerverein, die Industrieverband, die Berufsverband. Die einen kämpften für hohe Beiträge mit hohen Leistungen für



Das erste Hauptquartier des Verbandes in Stuttgart. Kurze Str. 3. Die mittleren zwei Fenster waren das Büro.

die Mitglieder, die anderen für niedrige Beiträge mit geringen Leistungen. Und schließlich nicht zu vergessen die Schikanierungen durch die Behörden, die brutale Rücksichtslosigkeit der Arbeitgeberverbände. So blieb es geraume Zeit. Die anderen Schwierigkeiten bestanden noch weiter, als durch Erhöhung der Beiträge das Finanzelend wenigstens einigermaßen behoben war. Die erste Jugend des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war die eines echten Proletariats. Sein Los war der Dalles, sein Spiel der Kampf gegen Behörden, Unternehmertum und Unverstand der Massen.

Wie der Verband diesen Kampf bestanden hat, dafür einige Beispiele aus seiner Entwicklung. Nach dem Beschluß des Frankfurter Gründungskongresses von 1891 sollte der Beitritt der Lokalvereine bis zum 1. August 1891 vollzogen sein. Nach einer Umfrage der Metallarbeiter-Zeitung waren in Lokalvereinen am Jahres-schluß 1890 ungefähr 33 000 Metallarbeiter organisiert, übergetreten zum Verband waren bis 1. August nur rund 18 000 Mitglieder, und bis zum Jahres-schluß konnte der Verband erst 23 200 Mitglieder mustern. Das erste Hunderttausend überschritt er im Jahre 1900, das zweite 1905, das dritte 1906, das vierte 1910 und das fünfte mit 515 145 Mitgliedern am Jahres-schluß 1911. Seine höchste Mitgliederzahl vor dem Kriege konnte der Verband am Schluß des Jahres 1912 mit 561 547 erreichen, sie ging während des Krieges auf den tiefsten Stand von 234 507 Mitgliedern am Ende 1915 herab, um während der Inflation wieder lawinenartig auf 1 624 544 Mitglieder am Jahres-schluß 1922 emporzuschnellen. Von da ab erfolgte wieder ein Absinken der Mitgliederzahl. Die nunmehrige Stabilität des Verbandes kommt in den Mitgliederzahlen der letzten beiden Jahre zum Ausdruck. Am Schluß des Jahres 1928 wurden 944 310, am Schluß des Jahres 1929 965 443 Mitglieder gezählt.

Der Wegzug des Verbandes aus Stuttgart hinterläßt zweifellos eine Lücke. Wirtschaftlich mag sie wenig bedeuten. Für eine Stadt von der Größe Stuttgarts spielen 50 Familien keine Rolle. Auch als Auftraggeber kommt der Verband, der ja in bezug auf seine Druckarbeiten Selbstversorger war, und seinen Hauptbedarf an Druckpapieren von auswärts decken mußte, nicht erheblich in Betracht. Die nicht unerheblichen Postgebühren gehen Stuttgart allerdings verloren, erscheinen aber bei der Reichspost an anderer Stelle wieder. Wirtschaftlich geschädigt ist also kaum jemand. Anders liegt die Sache für die Stuttgarter und württembergische Arbeiterbewegung. Das Verbandsbüro hat jederzeit aus seinem Personal der Partei, der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung Kräfte zur Verfügung gestellt. Nach dem Wegzug der früher gleichfalls in Stuttgart ansässigen Verbände war das Verbandsbüro der Metallarbeiter die einzige größere gewerkschaftliche Stelle, die solche Kräfte bereit hielt. Viele ältere und jüngere Funktionäre, die dem Verbandsbüro angehörten, sind in den verschiedensten Sparten der Arbeiterbewegung bis in die letzte Zeit hinein tätig gewesen. Nur einigen von ihnen wurde durch Wegzug des Verbandes ihr Wirkungskreis genommen, ihr Schaffen jah abgestoppt. Das ist gewiß zu bedauern, zumal sich ihr Wegzug in Stuttgart als Verlust viel stärker fühlbar machen muß, wie ihr Zuzug in Berlin als Gewinn.

Wir sehen den Verband von hier scheiden mit einem nassen und einem freudigen Auge. Mit einem nassen, weil wir uns ungern von den scheidenden Kampfgenossen trennen, mit einem freudigen im Hinblick auf die glänzende Entwicklung, die er in Stuttgart zu verzeichnen hatte. Mögen in Berlin die Hoffnungen in Erfüllung gehen, die Vorstand und Generalversammlung auf den Sitzwechsel gesetzt haben.

## Die Arbeitskämpfe in Nordfrankreich

Große Teile der Arbeiterschaft Nordfrankreichs im Textilgebiet Robaix-Tourcoing und in der Metallindustrie von Lille und Umgebung stehen in einem schweren Lohnkampf. Die Zahl der Streikenden beläuft sich zurzeit auf mehr als hunderttausend. Die Löhne sind insbesondere in der Textilindustrie besonders niedrig. Die Anpassung der in der Inflationszeit stark zurückgebliebenen Löhne an die Preise ist seit der Stabilisierung noch nicht erfolgt, jedenfalls nicht in dem erforderlichen Maße, weshalb der französische Arbeiter zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern unter allen Industrieländern gehört. Zum Ausbruch des Streiks gab die plötzliche Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere die Steigerung des Brotpreises Anlaß, in Verbindung mit dem Zwang, für Zwecke der Sozialversicherung Beiträge abzuführen.

Am 1. Juli ist die neue Sozialversicherung in Kraft getreten. Sie bedeutet trotz ihrer großen Mängel einen großen sozialen Fortschritt und eröffnet den Weg zum Ausbau der heute noch mangelhaften sozialen Einrichtungen. Als Beiträge müssen vom Unternehmer und vom Arbeiter 8 vH vom Lohn (je 4 vH) abgeführt werden. Es ist sehr begreiflich, daß die Arbeiter die Beiträge aus ihren niedrigen Löhnen nicht zahlen wollen, sondern eine auch sonst längst fällige Lohnsteigerung fordern. Dies um so mehr, da die Unternehmer ihre Beiträge in Form drastischer Preiserhöhungen, die gleich nach Inkrafttreten des Gesetzes vorgenommen wurden, auf die Verbraucher zu überwälzen suchten, ja diese Preissteigerungen gingen weit über das von der Beitragsleistung der Unternehmer bedingte Maß hinaus. Diese Preissteigerungen erhöhten aber die Lebenshaltungskosten und drückten den Reallohn der Arbeiter. Die Textilunternehmer lehnten die Forderung nach Lohnerhöhung ab. Ein Teil machte den Vorschlag, Sondervergütungen (Treuprämien!) an solche Arbeiter zu machen, die im Betrieb länger als seit einem Jahr beschäftigt sind. Dieses Ansinnen erfuhr eine entschlossene Zurückweisung, da diese Prämien „nicht die Arbeitstreue belohnen, sondern die Freiheit der Arbeiter beseitigen, sie grenzenlos an den Betrieb binden“ würden.

Der große Streik geht um die berechtigte Forderung nach Lohnerhöhung, nicht aber gegen die Sozialversicherung selbst. Die Kommunisten versuchen allerdings, den Streik zur Verhinderung der Sozialversicherung auszunutzen und die Streikenden zu bewegen, Beiträge zur Sozialversicherung auch bei Erfolg des Streikes nicht abzuliefern. Der größte Teil der Streikenden, die von dem Gewerkschaftsbund (Amsterdamer Richtung) geführt werden, begrüßt dagegen die Einrichtung der Sozialversicherung und erblickt darin einen erheblichen sozialen Fortschritt. Voraussetzung der Beitragsleistung ist jedoch ein auskömmlicher Lohn, aus dem die Beiträge gezahlt werden können. Hungerlöhne und Sozialbeiträge stehen in einem Widerspruch zueinander, der aber nicht durch Abbau der Sozialversicherung, sondern durch den Aufbau der Löhne gelöst werden muß.

## Die amerikanische Automobilkrise

Die Absatzkrise der amerikanischen Automobilindustrie hat im ersten Halbjahr 1930 mit einem Rückgang der Produktion um rund 30 v. H. eine bedrohliche Form angenommen. Die Krise der Automobilindustrie traf die amerikanischen Fabrikanten sehr verschiedenartig. Der allgemeine Produktionsrückgang um 30 v. H. hat keineswegs gleichmäßig alle Unternehmungen beeinflusst, vielmehr zeigte sich, daß die großen Unternehmungen, die billige Typenwagen herausbringen, wie vor allem Ford und Chevrolet, sehr viel weniger zu Einschränkungen der Produktion gezwungen waren als die vielen kleineren Unternehmungen, die bessere und teure Wagen herstellen. Ford hat sich vor allem glänzend behauptet und in seiner Produktion in den letzten Monaten sogar eine absolute und relative Zunahme erfahren. Absolut lag die Produktion des Monats April um 3,7 v. H. über der des Vorjahres und relativ ist sein Anteil an der amerikanischen Gesamtproduktion von Automobilen von 29,9 v. H. im April 1929 auf 44,2 v. H. im April 1930 angewachsen. Chevrolet konnte, bei einem starken Rückgang des Anteils der Muttergesellschaft General Motors Co., am amerikanischen Automobilgeschäft in den ersten vier Monaten 1930 seinen Anteil an der Gesamtproduktion von 25 v. H. auf 25,2 v. H. erhöhen.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen einmal darin, daß der Kaufkraftrückgang manche Bevölkerungskreise zwang, statt teure Wagen zu kaufen, zu den billigeren Erzeugnissen zu greifen. Vor allem aber hat die Krise stärker die Städte als die ländlichen Bezirke erfaßt, die von den Vorgängen an der Börse und den Lohnbewegungen weniger stark beeinflusst sind. Die Städte aber sind von jeher die Käufer der höherwertigen Automobile gewesen, während der Absatz der billigen und zugleich strapazierfähigen Wagen vornehmlich in den ländlichen Bezirken lag, in denen vor allem Ford vorherrscht. So hat die amerikanische Automobilkrise die Ballung der Produktion auf die beiden Riesenunternehmungen von Ford und Chevrolet weitergefördert.

## Der Produktionsrückgang in England

Der Umfang der Produktion war in England im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres gegenüber dem ersten um 8,5 vH gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um 8,5 vH geringer. Der Produktionsindex (1924 = 100 gesetzt) stand im zweiten Vierteljahr 1930 auf 100,9 — ein Tiefstand, der seit 1924 nur einmal, im dritten Quartal 1928, verzeichnet wurde. Der Produktionsindex für das Jahr 1927 beträgt 108,1, für 1928: 102,5. Er stieg 1929 auf 110,6. Im ersten Quartal des laufenden Jahres war der Produktionsumfang trotz großer Arbeitslosigkeit noch hoch, der Produktionsrückgang trat ähnlich wie in Deutschland, erst im zweiten Vierteljahr in Erscheinung. Fast sämtliche Produktionszweige mußten die Produktion einschränken, mit Ausnahme der Nichteisen- und Metallindustrien, der Papier- und der Lebensmittelindustrien. Die Kohlenförderung sank um 15 vH, die Erzeugung von Baumwolle, Kunstseide und Seide um je 19 vH. Der Index der Eisen-, Stahl- und Wertindustrie ist um 12 vH niedriger als im ersten Vierteljahr, während die chemische Industrie, die sonst im zweiten Vierteljahr eine saisonmäßige Produktionssteigerung zu verzeichnen pflegt, einen Produktionsrückgang von mehr als 6 vH aufweist. Ein jeder Monat seit März zeigt die weitere Abnahme der Produktion. Da das dritte Vierteljahr gewöhnlich saisonmäßige Verringerung der Produktion zu bringen pflegt, wird für das dritte Quartal ein weiterer Produktionsrückgang erwartet.

## Maschinen verdrängen Arbeiter

Bei der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau stieg die tägliche Förderung im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr von 14 000 t auf 40 000 t. Auf den Kopf der Belegschaft entfallen 20 PS mechanische Energie gegen 5 PS im gesamten Bergbau und 1,5 PS in der deutschen Industrie überhaupt. Die Belegschaft konnte weitgehend vermindert werden. Wo früher Arbeiter standen, stehen heute Maschinen. Die Arbeitsleistung der letzteren ist groß. Leider werden sie zum Fluch für die Arbeiterschaft.



# Ein Trauerspiel im Arbeiterhaushalt

Abzahlungsgeschäft — Zahlungsbefehl — Offenbarungseid — Haftbefehl

Der Mann ist auf Arbeit. Schon klingt es. Die Frau eilt zur Tür. Ein gewandter junger Mann mit freundlichem Lächeln steht da: „Darf ich Ihnen einmal die neueste Wäsche zeigen?“ Zuerst lehnt die Frau ab; sie denkt an den schmalen Verdienst des Mannes und an die Rate für die Nähmaschine, die sie sich endlich angeschafft haben. Ja, ja, die verflixten Abzahlungsgeschäfte!

„Nein, nein! Diesmal kann ich nichts kaufen! Die Zeiten sind zu schwer...“ — Aber der freundliche junge Mann sagt mit gewinnendem Lächeln: „Ich möchte Ihnen nur einmal zeigen, was es Neues gibt. Sie brauchen nichts zu kaufen, liebe Frau. Hier sehen Sie her!“ Und schon ist das Kofferchen aufgeklappt. Die schönsten weißen Leinen werden ausgebreitet, geprüft und gemustert.

Zögernd und halb gewonnen dreht die Frau das Leinen in den Händen. Sie zupft und faltet und guckt und rechnet. Noch einmal bremst sie. Aber da lockt der freundliche junge Mann: „Was, Barzahlung? I bewahre, die will ich nicht! Nein, die Zeiten sind zu schlecht. Die feinsten Leute kaufen auf Abzahlung!“ Und entzückt von dem Glanz der neuen Wäsche nimmt sie und unterschreibt, ohne hinzusehen, was ihr vorgelegt wird.

Das ist der Beginn des Trauerspiels. Die Fortsetzung geht ganz programmäßig vor sich. Sie besteht nur aus Kummer und grauer Sorge.

Also die Wäsche ist da. Der Mann kommt nach Hause, müde und abgepannt. Er sieht die Wäsche und runzelt die Stirn: „Wir können das nicht bezahlen... Na, mich gehts nichts an. Ich habe nichts unterschrieben!“ — Die bekümmerte Frau merkt, daß sie eine Dummheit gemacht hat. Sie knapst am Wirtschaftsgeld ab, was irgend noch geht. Die 1. Rate wird pünktlich bezahlt. Nach 14 Tagen kommt der Mann nach Hause, brummiger als sonst und verhaltenem Grimm um die Mundwinkel: „Die Bude wird stillgelegt!“ Ein eisiger Schreck jagt durch ihr Herz. Also arbeitslos!

Nun beginnt das Ende des Trauerspiels. Die 2. Rate ist nicht bezahlt worden. Eines schönen Tages kommt die erste Mahnung. Es ist ein vorgedrucktes höfliches Formular. Man liest es kaum. Die Frau nimmt einen Briefbogen und schreibt an die Firma: es täte ihr leid, aber wegen der Arbeitslosigkeit ihres Mannes könne sie vorläufig nicht mehr bezahlen; sie bittet um Geduld. Keine Antwort. Schon beginnt sie zu hoffen. Nach weiteren 14 Tagen kommt der Zahlungsbefehl, und zwar über die ganze Summe, nicht bloß über eine Rate.

Der Mann flucht. Dann nimmt er den Bestellschein her und liest. Er bricht in ein bitteres Lachen aus: „Du hast ja selbst unterschrieben: Kommt der Käufer mit einer Rate in Verzug, so ist die ganze Kaufsumme sofort fällig!“ ... Dann kommt eines schönen Tages, wenn beide gerade nicht daran denken, der Gerichtsvollzieher. Dem Mann zuckt es in der Faust, als er sehen muß, wie das einzige Schmuckstück, das Liegesofa, mit dem Siegel beklebt wird. Das Liegesofa wird eines Tages abgeholt und versteigert.

Der Erlös der Versteigerung deckt bei weitem nicht die Schuld. Weitere Pfändung ist fruchtlos. Dem Gerichtsvollzieher wird sein Amt schwer, als er die Gesichter der Leute sieht. Er geht wieder weg und schreibt, daß weitere pfändbare Sachen nicht vorhanden seien. Und dann kommt der Offenbarungseid. An einem wunderschönen Sommertag kommt die Vorladung ins Haus geflattert. Der Mann erwidert nicht. Endlich kommt der rote Haftbefehl.

So ist heute der normale Verlauf. Tausende von Arbeiterfamilien werden auf diese Weise demoralisiert. Da entsteht die Frage, wie denn eigentlich die Rechtslage in all diesen Fällen ist.

Sie ist, wie gleich zu Anfang gesagt werden kann, durchaus nicht immer hoffnungslos. Zunächst allerdings eine Warnung: Kauft nichts von Reisenden; unterschreibt nichts. Im allgemeinen seid ihr jedenfalls durch den schriftlich geschlossenen Vertrag gebunden. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat allerdings neulich entschieden, daß ein solcher schriftlich geschlossener Vertrag nichtig ist, wenn der Vertreter die Billigkeit der Ware gerühmt hat und sich nachträglich herausstellt, daß die Ware viel teurer ist als am Ort. Und so sollten alle Gerichte entscheiden. In anderen Fällen wieder kann man den Vertrag anfechten, z. B. wenn man sich über die Menge der bestellten Ware geirrt hat, wenn z. B. der Vertreter mehr hingeschrieben als man bestellt hat. Aber die Schwierigkeit des Nachweises dieser Behauptung, für die der Käufer die Beweislast hat, vernichtet meistens alle Aussichten. Dazu kommt, daß der Gerichtsstand fast immer nicht der Ort ist, an dem der Käufer wohnt. In vielen Fällen findet die Verhandlung in einer weit entfernt liegenden Großstadt statt. Der arbeitslose Käufer kann natürlich nicht deswegen hinfahren. Einen Rechtsanwalt kann er sich nicht leisten. Wenn Rechtshilfe aber möglich ist, vielleicht durch ein Arbeitersekretariat, so muß man innerhalb der auf dem Zahlungsbefehl angegebenen Frist Widerspruch erheben. In vielen Fällen kann man auch, wenn er sachliche Einwendungen gegen den Zahlungsbefehl hat, im Wege des Armenrechtes sich helfen. Aber der Widerspruch muß innerhalb der angegebenen Frist auch beim Amtsgericht eingegangen sein. Dann wendet er sich am besten an den nächsten Arbeitersekretär und bringt seine Einwendungen dort vor. Der wird das weitere besorgen, wenn es überhaupt Zweck hat; denn die Fälle, in denen das Gericht dem Käufer recht gibt, sind leider sehr selten. Hier gilt regelmäßig: wer unterschreibt, hat verloren!

In unserem Beispiel sagt der Käufer, die Sache ginge ihm nichts an, seine Frau hätte ja unterschrieben, daher müsse auch seine Frau verklagt werden, und die hätte nichts. Leider ist das nicht so. Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Wäscheverkauf gehört im allge-

meinen zu den Obliegenheiten des häuslichen Wirkungskreises der Frau.

Die Pfändung durch den Gerichtsvollzieher setzt voraus, daß pfändbare Sachen vorhanden sind. Sind alle Gegenstände des Haushalts pfändbar? Das Gesetz macht natürlich Unterschiede. Unpfändbar sind im allgemeinen Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, soweit diese Sachen für den Bedarf des Schuldners unentbehrlich oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes nötig sind, ferner die für die Familie auf 4 Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel, eine Milchkuh oder statt dessen 2 Ziegen oder 2 Schafe, notwendiges Wirtschaftsgerät, Handwerkszeug der gewerblichen Arbeiter usw. Vom Lohn ist zu sagen, daß vom Wochenlohn 45 M unpfändbar sind (für solche Ansprüche aus Kauf usw.). Die Unpfändbarkeitsgrenze erhöht sich für Frau und Kinder auf höchstens zwei Drittel des Mehrbetrages.

Aber nun der Offenbarungseid! Was soll der Käufer da tun? Niemand legt gern den Offenbarungseid ab, das ist klar. Das Verfahren beginnt mit dem Antrage des Gläubigers auf Anberaumung eines Termins, in dem der Schuldner den Offenbarungseid ablegen soll. Zu diesem Termin braucht der Schuldner nicht zu erscheinen. Gegen den Schuldner, der im Termin nicht erscheint, hat das Gericht zur Erzwungung der Eidesleistung auf Antrag die Haft anzuordnen.

Jetzt wird die Sache für den Käufer anscheinend kritisch. Aber die Kollegen vergessen, daß der rote Haftbefehl noch nicht vollstreckbar ist. Der Gläubiger hat nämlich die Kosten, die durch die Haft entstehen, einschließlich der Verpflegungskosten von Monat zu Monat vor auszubezahlen. Die Vollstreckung der Haft ist nicht statthaft, wenn nicht mindestens für einen Monat die Zahlung geleistet ist. Und hier ist nun der Kern der Sache! Die Vollstreckung der Haft ist eine sehr kostspielige Geschichte; denn die Kosten muß erst einmal der Gläubiger vorausbezahlen. Der wird sich aber hüten, einen Käufer verhaften zu lassen, von dem er genau weiß, daß er arbeitslos ist. Und so kommt es denn, daß der Käufer den Offenbarungseid überhaupt nicht leistet.

Leider wissen das viele nicht und rennen hin, um dem Gläubiger den Gefallen zu tun. Der Gläubiger hat an sich an der Leistung des Offenbarungseides kein Interesse: er will den Schuldner dadurch nur zur Zahlung zwingen, weil er denkt, daß der Schuldner noch etwas hat. Hat der Käufer aber ein kleines Häuschen, so ist die Sache freilich schon schlechter. Wird man wirklich verhaftet, so kann der Schuldner zu jeder Zeit beim Amtsgericht des Haftortes beantragen, ihm den Eid abzunehmen. Dem Antrag ist ohne Verzug stattzugeben. Nach Eidesleistung wird der Schuldner sofort aus der Haft entlassen.

Die furchtbare Arbeitslosigkeit wird in vielen Fällen zu solchen Ereignissen führen, wie wir sie oben geschildert haben. Daher ergeht an alle Arbeiter die Mahnung: macht keine unbezahlbaren Abzahlungsgeschäfte, unterschreibt keine Bestellscheine, warnt eure Frauen.

## Wirtschaftliche Idioten

Seit längerem wird von den reaktionären Parteien die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefordert. Die Wirtschaftspartei hat sogar einen Gesetzentwurf eingereicht, der zum Zweck hat, die Arbeitsdienstpflicht in Deutschland einzuführen. Man hofft dadurch zweierlei zu erreichen: einmal der Volkswirtschaft zu helfen und Arbeiten zu erledigen, die sonst angeblich nicht erledigt werden können, und zweitens die Jugend zu nutzbringender Arbeit zu erziehen. Dabei weiß ein jeder, daß arbeitslose Jugendliche nichts schelmischer als eine dauernde Arbeitsstelle herbeiwünschen. Die deutsche Wirtschaftskrise wurzelt in der Tatsache, daß unsere Wirtschaftsführer nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten schaffen können. In Nr. 384 der Vossischen Zeitung beschäftigt sich Naphthali mit dieser Frage vom Standpunkt der Wirtschaft aus. Die Gründe der Wirtschaftspartei werden in dem betreffenden Artikel folgendermaßen zerpflückt:

„Was aber soll man dazu sagen, wenn das Rezept der wirtschaftsparteilichen Abgeordneten mit dem Satz beginnt, die Arbeitsdienstpflicht solle die deutsche Jugend zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen. Muß es nicht auf die jugendlichen Arbeitslosen, die täglich nach Arbeit lechzen, die stündlich bereit sind, auch die unangenehmste Arbeit in voller Pflichterfüllung zu leisten, geradezu als ein Hohn wirken, wenn man ihre „Erziehung“ zu Arbeit und Pflichterfüllung als das entscheidende Mittel zur Überwindung der Not anspricht? Liegt hier nicht der typische Fall der Kurpfuscherei da, die heißt der Verschreibung eines Heilmittels in voller Unabhängigkeit von der Untersuchung der Krankheit vor? Nun ist aber die „erzieherische“ Aufgabe der Arbeitsdienstpflicht nach dem Gesetzentwurf nicht die einzige, sondern sie soll auch „neue Arbeitsmöglichkeiten erschaffen, die das Recht aller Deutschen auf Arbeit verwirklichen läßt“. Wie soll das geschehen? Leidet denn unsere Wirtschaft daran, daß es an arbeitswilligen Kräften fehlt, und daß man deshalb Faulenzer arbeitsdienstpflichtig machen muß?“

Verständigen Leuten brauchte man so etwas nicht zu sagen. Aber Demagogie und wirtschaftlich rückständlichen Krüken gegenüber muß diese Tatsache einmal hervorgehoben werden. Wenn in dem Gesetzentwurf Erd-, Tief-, Wasser- und Wegbauarbeiten, Arbeiten zur Gewinnung von Bodenschätzen, Hilfsarbeiten für den öffentlichen Verkehr usw. als die Aufgabe des Heeres der Arbeitsdienstpflichtigen bezeichnet wird, so ist es dasselbe Programm, das die Notstandsarbeiten zum Ziele haben. Die Notstandsarbeiten stellen sich aber selbst bei tariflichen Löhnen noch billiger, als wenn man einen Riesenapparat für die Arbeitsdienstpflichtigen aufzieht. Ein Pferdefuß schaut aus dem Gesetzentwurf heraus: die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht sollen zur Restrukturierung der Betriebe der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Somit soll zuerst das Geld der Arbeiter zur Unterstützung der Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden und zweitens den großen Vermögensbetriebern das Leben erschwert werden, was sich naturgemäß in einer Erhöhung der Tarife auswirkt. Hoffentlich gibt die deutsche Wählerschaft diesen volkswirtschaftlichen Idioten die nötige Quittung.

## Das Elend der Ausgesteuerten

Je länger die Wirtschaftskrise dauert, desto höher wird die Zahl der Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenunterstützung ausscheiden und entweder der Krisenunterstützung anheimfallen oder gänzlich ohne Unterstützung bleiben. Wie fallen oder gänzlich ohne Unterstützung bleiben. Wie die Zahl der Ausgesteuerten wächst, wird deutlich gemacht in dem Arbeitsmarktbericht des Landesamts Brandenburg vom 9. August. Wir bringen daraus nachstehende Feststellungen: „Der Zugang an Unterstützungsbezieher entfällt einzig und allein auf die Krisenfürsorge, das heißt auf solche Arbeitschende, die noch kein Anrecht auf versicherungsmäßig Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder aus dieser ausgesteuert sind. Den Umfang dieser Aussteuerungen, auch im Vergleich zum Vorjahre, zeigen folgende Zahlen:

Berichtszeit	Aussteuerungen		
	1930	1929	1930 mehr in vH
vom 16. 4. bis 15. 5.	25 267	8951	182
vom 16. 5. bis 15. 6.	27 865	9998	179
vom 16. 6. bis 15. 7.	30 767	8123	279

Während also im Vorjahre in der Berichtszeit vom 16. Juni bis 15. Juli die Aussteuerungen bereits einen merklichen Rückgang aufwiesen, nahmen sie im laufenden Jahre unentwegt zu. Der Einwand, daß höhere Bezieherzahlen auch höhere Aussteuerungen bedingen, wird durch die letzte Zahlenreihe entkräftet. Einer Steigerung der HUE in der Alu am 15. Juli 1930 um 96 vH steht eine solche um 279 vH der Aussteuerungen gegenüber. 5644 Aussteuerungen oder 18 vH nächst den ungelernten Arbeitern der höchste Anteil von den 30 767 ausgesteuerten Personen, zählten zur Berufsgruppe Metallindustrie, in welcher am 31. Juli 1930 87 505 verfügbare Arbeitsuchende gezählt wurden, gegen 36 599 am gleichen Tage des Vorjahres.

Die vorstehenden Ausführungen des Landesamts sprechen eine deutliche Sprache. Ernsthaft muß bald erwogen werden, was aus den Ausgesteuerten werden soll. Die Metallindustrie bildet nicht nur in Brandenburg, sondern auch in anderen Gegenden des Reiches den Krisenherd der Arbeitslosigkeit. Die in einigen Teilen übersetzte Eisen- und Metallindustrie wird ohne Strukturänderungen aus der diesmaligen Wirtschaftskrise nicht hervorgehen.

## Kosten der englischen Arbeitslosenversicherung

Die gewaltige Arbeitslosigkeit führt auch in England zu einer außerordentlichen Belastung der Arbeitslosenversicherung. Die Unterstützungen können aus den Beitragseinnahmen, an welchen sich auch der Staat beteiligt, nicht bestritten werden, und so muß der Staat, wie in Deutschland, mit Darlehen beispringen. Die Darlehenspflicht wurde gesetzlich auf 1 Milliarde Mark beschränkt, wovon 860 Millionen Mark bereits ausgegeben wurden. Während aber die deutsche Regierung mit einer Notverordnung die Darlehenspflicht des Staates auf die Hälfte des Mehrbedarfs beschränkte, wurde in England kürzlich die Darlehensgrenze zunächst um 200 Millionen auf 1200 Millionen Mark erhöht. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung übersteigen die Beitragseinnahmen jährlich um etwa 500 Millionen Mark.

Die im Vorjahre vorgenommenen Verbesserungen der Leistungen erhöhten die Ausgaben um 240 Millionen Mark im Jahr. Die kürzlich bewilligte Erhöhung der Darlehensgrenze wird die nötigen Mittel dann nur liefern, wenn die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 2 Millionen Personen nicht übersteigt, was in den letzten Wochen aber geschehen ist. Auch in England erheben sich die Stimmen für eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, damit diese auf die Zuschüsse des Staates nicht angewiesen sein soll. Von einem Abbau der Leistungen ist aber in diesen von verschiedenen Kreisen befürworteten Plänen nicht die Rede, sondern nur davon, daß das gegenwärtig herrschende System der einheitlichen Beiträge und Unterstützungssätze, das allein in England in Geltung ist, zugunsten eines andern abgelöst werde, bei dem die Beiträge nach Lohnklassen abgestuft sind. Auch der Plan der Schaffung von Gefahrgemeinschaften für die einzelnen Produktionszweige wird erörtert.

## Verschärfung der Wirtschaftslage

Der neueste Bericht der Reichsanstalt zeigt, daß die zweite Julihälfte eine fühlbare Abschwächung des Beschäftigungsgrades gebracht hat. Der tiefste Punkt des wirtschaftlichen Niederganges scheint aber auch damit noch nicht erreicht zu sein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der zweiten Julihälfte in der Arbeitslosenversicherung um 28 000 auf 4 497 000 gestiegen. Die Krisenunterstützung wurde mit 23 000 Unterstützungsberechtigten neu belastet. Sie stieg auf 403 000. Beide Unterstützungseinrichtungen zählten am Ausgang Juli 1900 000. Die Zahl der Unterstützten hat damit einen Stand erreicht, der mehr als 1 Million über den des Vorjahres liegt. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen verfügbaren Arbeitskräfte stieg in der Berichtszeit um rund 42 000 auf 2 737 000.

Das traurige Bild, das sich aus diesen Zahlen ergibt, wird ergänzt durch Meldungen von Feierschichten und Kurzarbeit. Eine große Zahl der Arbeitslosen scheidet von Woche zu Woche aus der Unterstützung aus. Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ist durch einen starken Wechsel gekennzeichnet. Darunter leidet besonders die ungelernte Arbeiterschaft. Die Entbehrungen haben nur eine geringfügige Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht. Ein erheblicher Teil der Zugänge an Arbeitsuchenden entstammt der Metallindustrie.

Es zeigt sich also noch kein Silberstreifen am Horizont. Grau in grau stellt sich die Lage der Arbeiterschaft ob die Ankurbelungsaktion der Reichsregierung eine Besserung zu bringen vermag, steht noch dahin.

## Aus dem Inhalt

	Seite
Der neunzehnte Verbandstag	273
Beginn des Verbandstages	274
Festabend der Berliner Metallarbeiter	276
Export	278
Einigung in der Waggonindustrie	278
Zur Übersiedlung nach Berlin	279
Die Arbeitskämpfe in Nordfrankreich	279
Die amerikanische Automobilkrise	279
Der Produktionsrückgang in England	279
Ein Trauerspiel im Arbeiterhaushalt	280
Wirtschaftliche Idioten	280
Das Elend der Ausgesteuerten	280
Verschärfung der Wirtschaftslage	280
Kosten der englischen Arbeitslosenversicherung	280

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148